

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 222 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, 25. September 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die Rüstungsindustrie
auf der Anklagebank

Seite 7

Lumpensammler und Prachtbauten

Die Reichsbankrotteure errichten Prunkpaläste aus den Arbeitern gestohlenen Summen

„Stadt der Arbeitsfront“

Ablu, den 23. September.
Unsere Dachböden werden „entripelt“, damit noch irgendwie brauchbares Zeug zur Vinderung der Nahrungsmittelherausgabe wird. In den Betrieben werden wir angehalten, die gebrauchten Papprollen wie Koffbarkeiten abzuliefern, weil sie aus Baumwolle bestehen und Öl enthalten. Überall werden Lumpen gesammelt, die für die Textilfabrikation umgearbeitet werden. Die Löhne sinken und die Preise steigen. Auf allen Gebieten der Sozialpolitik sind wir in vollem Abbau. Der Gesundheitszustand verschlechtert sich infolge der Unterernährung. Die Lungentuberkulose nimmt zu und Lungenheilstätten werden wegen Mangel an Mitteln geschlossen, und

dennoch schwimmen „wir“ in Geld und die Herren Hitler und Len können aus den gesammelten und gestohlenen Partei- und Gewerkschaftsgeldern Prachtbauten planen, wie sie Deutschland noch nicht gesehen hat.

Nürnberg ist die „Stadt des Parteitag“. Riesige Dauerbauten einschließlich einem neuen Bahnhofs sind mit einem Kostenaufwand von vielen Millionen Reichsmark errichtet worden.

München ist die „Stadt der Kunst und die Residenzstadt des gottbegnadeten und erlauchten Führers“. Er baut einen Palast der Kunst. Ganze Straßenzüge werden niedergedrückt, um Platz zu schaffen für monumentale Bauten von Parteibauern. Weitere gewaltige Baupläne leben einstweilen nur in den Fantasien des Führers.

Das alles ist aber nichts gegen das, was sich die fantasieerfüllten Gehirne der Herren Hitler und Len gemeinsam für Ablu ausgeheckt haben, das sie zur „Stadt der Arbeitsfront“ erheben wollen.

Für diesen hohen Zweck wollen sie auf der rechten Rheinfette Bauten errichten, deren Kosten nach den niedrigsten Schätzungen 50 Millionen Reichsmark, nach anderen fastmännlichen Schätzungen sogar 100 Millionen Reichsmark betragen sollen.

Diese Summe klingt fantastisch, ist es jedoch keineswegs, wenn man berücksichtigt, daß die erst vor wenigen Jahren mit einem Kostenaufwand von rund 20 Millionen Reichsmark errichteten Ablu Messenbauten vollkommen verschwunden sind, also die großen Messhallen, der Pressturm, das Staatenhaus, die verschiedenen Gaststätten, die

geplanten Anlagen und der Baumbestand. Auf der noch zu vergrößernden Riesenfäche soll das neue Gebäude und ein weit ausgedehntes Grünanlagenprogramm kommen.

Die Größenmaße übersteigen alle in Deutschland bisher gewohnten Vorstellungen. Ein gewaltiger Kuppelbau soll entstehen. Er ist als Kuppelhalle mit einem Ausmaß von 70 zu 80 Metern gedacht, kann also das Innere des Kölner Doms bequem umfassen. Etwa hunderttausend Menschen werden allein von diesem Raum aufgenommen werden können. Daneben soll ein breiter Ehrenhain mit großen Wasseranlagen entstehen. Zum Rhein hin wird eine riesige Freilichtbühne für einhalb bis zwei Millionen Menschen geschaffen werden. Eine große Terrasse zum Rhein hin soll eine Breite von 500 Meter erhalten.

Das Maß der Gesamtanlage ist 950 Meter. Mit 1,6 Millionen Kubikmeter umbauten Raumes wird das Haus der deutschen Arbeit oder, wie der „Führer“ es nennt, das Nationalhaus der deutschen Arbeit etwa doppelt so groß sein wie das neue gewaltige Reichsbankgebäude in Berlin.

Die Kosten der geplanten Bauwerke werden durch Eisenbahn- und Brückenbauten so erhöht, daß eine genaue Berechnung überhaupt noch nicht möglich ist. Die Gleise des Bahnhofs in Ablu-Deutsch, die heute noch durch das große Gelände der geplanten Neubauten führen, müssen weithin verlegt oder unterirdisch gelegt werden. Es ist die Errichtung eines neuen Ausladebahnhofs geplant, von dem aus die Massen sofort auf die große Versammlungswiese gelangen können. Außerdem soll im Zuge des Deutschen Rings eine neue breite Schiffbrücke das linke Rheinufer mit den Bauten auf dem rechten Rheinufer verbinden. Das würde kostspielige Niederlegungen und Umbauten auch auf dem linken Rheinufer erfordern und andererseits die Schifffahrt auf dem Rhein behindern, die jetzt im Reichsbild Ablu unter vier großen festen Brücken sich vollzieht.

Die „Abluische Zeitung“ versteht ihren Bericht mit einem sehr aufschlußreichen Satz:

„Der Führer wünscht, daß das Architekturbüro während der Bauzeit nach München verlegt werde, da die Verhältnisse mit dem Bauvorhaben für den Führer eine geistige Erholung bedeute.“ Das erklärt alles.

Es ist das klassische Bild Ludwigs II., des romantischen Bayernkönigs, dessen Geist sich in riesigen ebenso kitschigen wie prunkvollen Bauplänen verirrte. . . .

Ein Gotteslästerer

Der Saarländer Pfarrer Arenz

Es gibt jetzt eine neue Note im Abstimmungskampf an der Saar. Verzweifelt darüber, daß die Rückgliederung von Woche zu Woche fragwürdiger wird, sollen neben den politischen jetzt auch die religiösen Bataillone unter dem Kommando der „deutschen Front“ kämpfen. Das zu mehr als 70 Prozent katholische Saargebiet — das ist der ungewisse Kenner in den braunen Rechnungen. Darum werden jetzt immer zahlreicher katholische Geistliche in die vorderste Linie geworfen, die mit Rhetorik und Bibelzitat die Abstimmung zugunsten Hitler-Deutschlands zur christlichen und kirchlichen Pflicht erheben.

Der erste war das frühere Zentrumsmittglied Pfarrer Wilhelm, der zweite Pfarrer Wüsten. Als dritter kommt zu ihnen jetzt Pfarrer Arenz. Er hat, wir bekennen es offen, im Einsatz der Religion für die blutige Diktatur des „dritten Reiches“ den Gipfel erreicht.

Diese drei braunen Priester haben alle Gottes Wort zitiert. Jeder bekennt sich auf seine Weise zur Blutlehre: Blut und Boden stehen ihnen höher als die Entscheidungen des Geistes und des Gewissens unter der religiös-sittlichen Verantwortung im Namen der Liebe und der Gnade. Aber es ist, soweit wir sehen können, bisher nicht dagewesen, daß ein katholischer Priester vor „dem von Gott gesandten Führer Adolf Hitler“ gesprochen hat, wie es der katholische Geistliche Arenz in einer Versammlung in Schwemlingen getan hat. Er hat sogar noch mehr getan. Er sagte, Gott der Herr habe ihn, Adolf Hitler, den „Erläuterten deutschen Menschen“, zur Führung von Volk und Reich gerufen, denn des Volkes Stimme sei Gottes Stimme. Per aspera ad astra!

Des Volkes Stimme? Die Karriere des „dritten Reichs“ zeigt auf jeder Seite die Spuren zur Vergewaltigung eines Volkes. Auf jeder Zeile das Blut und die Tränen geschändeter Menschen. Braune Landsknechte, deren Unterführer später vom Oberführer als Verbrecher gebrandmarkt und „rechtens“ ermordet wurden, haben sich in den Besitz der Macht gesetzt. Ganz legal, natürlich. Für die politische Entrechtung des deutschen Volkes, für Konzentrationslager und Erschießung auf der Flucht verleiht Pfarrer Arenz dem Verantwortlichen den Heiligenschein des Gottgeleiteten. Er sieht, ohne daß sein Gottesbegriff und die von ihm bei der Primiz geleisteten Schwüre insanken geraten, gelassen über die Katholiken auf der langen Jagdstrecke des 30. Juni. Das heißt, wir möchten ihn nicht unrecht tun. Er hätte die erschossenen und zerstampelten Glaubensbrüder gar nicht sehen können. Man hat sie, dem Kirchengesetz zuwider, in aller Stille verbrannt, damit Zarbesaltete wie Pfarrer Arenz nicht abgestoßen werden. Das, was er nicht im Detail weiß, macht ihn nicht heilig. Er ist vollkommen damit zufrieden, daß sich Adolf Hitler in Nürnberg erneut zum positiven Christentum bekannt hat. Ja, er gedenkt sogar „dankbaren Herzens“ des Konkordats!

Wir scheuen uns nicht, diesen katholischen Priester als Lasterer Gottes zu bezeichnen. Gäbe es in Deutschland ein Kirchenforum, das den Mut der Märtyrer mit echtem Katachombengeist vereinigte: es müßte diesen Priester aus der Gemeinschaft der Hirten austosen. Denn die Kirche hat es zu büßen. Wenn ein Priester aufsteht und Hitlers Sein und Wirken mit einer göttlichen Sendung verbindet, dann werden Millionen von Katholiken an Gott und an ihrer Kirche irre und wenden sich ab. Sie denken vielleicht an 1. Kön. 12. 11. im Alten Testament. Die Jungen, „die mit ihm aufgewachsen waren“, sprachen zu Rehobeam, Salomons Sohn, er möge dem um Erleichterung lebenden Volke antworten: „Wein betet hat euch mit Ruten gezüchtigt. Ich will euch mit Skorpionen züchtigen.“

Aber wir wollen Herrn Pfarrer Arenz auf seinen politischen Pfaden folgen. Jeder müsse, so sagte er, ein Streiter sein „für die gute Sache an der Saar“. Die französische Note habe den Saarländern ein „Judasangebot“ gemacht. Aber wir, wir Saar-Deutsche, wir wollen nicht als Judas das Land an der Saar um 30 Silberlinge verkaufen, denn die Saarfrage ist für uns

Neue Judenverfolgungen im Reiche

Synagogen geschändet — Grabsteine umgeworfen — Aechtung von Juden

Berlin, 24. Sept. Aus dem ganzen Reich kommen neue Meldungen über Missetaten gegen die jüdische Bevölkerung. Aus Buxer in Westfalen wird gemeldet, daß die dortige Synagoge geschändet wurde. Mehr als die Hälfte der Fensterhebeln wurden zerbrochen. In das Innere des Gotteshauses sind Steine, Abfälle und Urat geworfen worden. Der Synagogenvorstand wandte sich mit der Bitte um Schutzmaßnahmen an den Oberbürgermeister. Aus Friedland in der Niederlausitz wird ein Anschlag auf den jüdischen Friedhof bekannt. Mehrere Grabsteine wurden umgeworfen. Die ausländische Behörde nahm sich des Falles an und setzte eine Belohnung für die Ergreifung der Täter aus. In die Synagoge in Groß-Gerau wurde eingedrungen und im Innern großer Unruhe getrieben, mehrere Gegenstände wurden entwendet. Auch hier hat die Behörde eine Belohnung für die Rombastimmung der Täter ausgesetzt. — Die „Mainfränkische Zeitung“ meldet aus Deklar unter der Überschrift „Für Nachahmung empfohlen“, daß alle Bohn- und Wirtshausgebäude seit einigen Tagen an Türen und Türen in roter Lackfarbe die Warnung tragen: Juden ist der Zutritt verboten. Das jüdische Strandbad in Heilbrunn hat Plakate angebracht, wonach Juden der Besuch des Bades untersagt ist. Das „Koblenzer Nationalblatt“ beklagt sich, daß immer noch eine Anzahl von Bauern den Juden vom Viehhandel nicht ausschalteten haben. Das Blatt richtet an alle Volksgenossen, die es anseht, die Wohnung: „Lacht den Juden vom Hof! Tütel eure Ein- und Verkäufe mit deutschen Händlern!“

Geeint im Hetzantisemitismus

Berlin, 24. Sept. Der Oberpräsident Wilhelm Kube, der Gouverneur der Kurmark, ist wieder mit einer leiner antisemitischen Dekret hervorgetreten. Er sagt u. a.: Der 9. November 1918 sah das Judentum in Mitteleuropa liegen. Es hätte nicht sehen können, wenn nicht der Kaiserstaat der

Hohenzollern den Juden Tor und Tür geöffnet hätte. Wir wollen nicht verzeihen, daß alle drei Kaiser aus dem Hause der Hohenzollern betante Judenfreunde waren. Die Kette führt von Bleichröder zu Ballin und Rathenau. Die meisten Dynastien in Deutschland handelten ebenso. Nach diesem Ausfluß in die Geschichte laute Rede: Auch nach unserem Sieg verlor das Judentum sich wieder breit zu machen. Daran denken wir als alle Nationalsozialisten, wenn wir in Nürnberg lauten Julius Streicher ist eine durchaus berechtigte Persönlichkeit in der Gesamtfront unseres Führers Adolf Hitler.

„Schaltet den Juden vom Viehhandel aus!“

Nürnberg, 24. Sept. (N.Z.M.) Die „Fränkische Tageszeitung“ veröffentlicht unter dem Titel „Frei von Juden! — Der große Schlachtviehmarkt zu Frankfurt a. M. ohne jüdische Viehhändler“ in seinen Leitern folgende Bekanntmachung der Reichsbauernschaft Ansbach über den letzten, zu Reichshofen abgehaltenen Frankfurter Schlachtviehmarkt: „Wie aus Frankfurt a. M. hierher gemeldet wurde, war der letzte große Schlachtviehmarkt dort vollständig frei von jüdischen Händlern. Dies ist um so beachtenswerter als Frankfurt einen der größten und besten Schlachtviehmärkte hat. Auch diesem Anlaß waren die Gassen des Marktes mit den Rufen des neuen Deutschland gesiegt und sowohl bei den Händlern wie auch Verkäufern konnte man die Freude über den Judenfreien und jüdenreinen Markt von den Gesichtern ablesen.“

Wir in Franken freuen uns umso mehr, daß die Fernhaltung der Juden von den Viehmärkten nun auch auf den großen Schlachtviehmärkten Platz gegriffen hat. Und noch einmal, deutscher Bauer: Schalte den Juden vom Viehhandel aus, damit du nicht mehr um den Lohn deiner Arbeit betrogen wirst.“

keine Magen- und Geldfrage". Wir roten Herrn Pfarrer Arenz, über dieses Thema mit Herrn Kommerzienrat Köhling zu konferieren. Dieser Mitführer der „deutschen Front“ wird ihm klarmachen, daß die Rückgliederung der Saar eine Vera materielle Blüte für die Saarländer zur Folge haben werde. Die eifrigen Hitler-Anhänger, die ihre guten Franken bereits bei den lothringischen Banken in Sicherheit gebracht haben, sind einwandfreie Zeugen für heroische patriotische Gesinnung. „Deutsch die Saar — nur gegen bar“: dieses politische Wort haben Gleichgeschaltete gegen andere geprägt.

Aber Herr Pfarrer Arenz selbst ist der einwandfreieste Zeuge dafür, daß „Silberlinge“ in diesem Kampf ums Deutschtum gänzlich ausschalten, und daß Herr Goebbels in völliger Verneinung der idealistischen Selbstopferung der Saarländer ungezählte Millionen in diesen Abstimmungskampf à fond perdu hineinleitet. Der Herr Pfarrer kreidet es nämlich den Franzosen bitterböse an, daß sie ihren Geistlichen durch ihre „jüdisch-freimaurische Regierung“ keinen Staatszuschuß zur Ausbringung ihrer Gehälter gewähren. Aus rein religiösen Motiven ist Pfarrer Arenz über eine solche Möglichkeit erheblich bestürzt.

Mit wilden Worten streitet er den Anhängern des Status quo das Vaterland ab. Die Worte seines Führers sind ihm mehr wert als die „fortwährenden hysterischen Angstschreie der Status-quo-Leute“. Was die Hysterie betrifft, so hat er vermußtlich seinen „Führer“ noch nie am Lautsprecher gehört. Dafür hat er ihn um so gründlicher gelesen. Seitdem hat Pfarrer Arenz keine Angst mehr vor einem Kulturkampf, wie wir ja auch niemals bereit wären, das heilige Band der Blut- und Volksgemeinschaft aus Angst vor dem Tod auf dem Schlachtfeld zu lösen. Der Herr Pfarrer vernimmt bereits Kanonendonner und steht bereit, für die deutschen Fahnen den Sieg zu erkämpfen, wie es auf der anderen Seite eine anderer für die Feinigen tut. Das klingt ungeheuer mutig.

Herr Pfarrer Arenz, dürfen wir einige bescheidene Fragen stellen? Sie, der Mann ohne Angst, warum schweigen Sie gegen das Widerchristentum der germanisch-heidnischen Irrlehren, die Ihr Paps geißelt und verdammt?

Warum sagen Sie nichts gegen den Vertrauten Ihres Führers, den Weltanschauungsdiaktor Alfred Rosenbergs, der den Stellvertreter Ihres Gottes in Rom als „Medizmann“ als indianischen Heidenaberglaubens in seinem amtlich empfohlenen „Mythus“ beschimpft?

Wenn Sie ohne Angst sind: warum sagen Sie nichts zu den braunen Bestialitäten, über die Ihr Oberhirt in Trier gehäufte Material besitzt? Ueber die Verfolgungen, Mißhandlungen, Verhaftungen von Priestern, die dem Ruf ihres ihnen von Gott geschenkten Gewissens folgten?

Wenn Sie, Herr Pfarrer Arenz, ohne Furcht vor dem Kulturkampf sind: warum beugen Sie sich feige der weltlichen Gewalt, die Sie als gläubigen Katholiken zum lauten Schrei wider die Vergewaltigung ewig-göttlicher Freiheitsrechte, der widergöttlichen Tötung und Verbrennung von Katholiken, der Unterdrückung der katholischen Jugendverbände und der katholischen Presse hinreißen müßte?

Sie, Priester ohne Furcht und Tadel, Sie schweigen. Ihr Mut konzentriert sich auf die Verunglimpfung derjenigen, die den Boden und die Menschen an der Saar Ihrem „Führer“ nicht ausliefern wollen: Um ihres Deutschtums und ihres Deutschseins willen. Um auch Ihre Kirche, Herr Pfarrer, hier an den Ufern der Saar in ihren Freiheitsrechten gegen den „totalen Staat“ zu schützen. Um sie vor dem Schicksal zu bewahren, daß sie zwangsweise in die „romfreie Einheitskirche“ eingereiht wird, die soeben Hitlers Kirchenbeauftragter, Reichsbischof Müller, nicht ohne Einvernehmen mit seinem „Führer“ als Ziel verkündigt hat.

Wir dürfen auf weitere persönliche Anrufung des Herrn Pfarrer Arenz verzichten. Die Auseinandersetzung mit ihm hat nur einen einzigen Grund. Sie soll zeigen, wie dieser Abstimmungskampf verwickelt und vergiftet wird; wie der Name Gottes mißbraucht wird zur Verunsicherung von gläubigen Menschen, die blind gemacht werden sollen gegenüber der Wahrscheinlichkeit.

Wir haben der katholischen Kirche keine Vorschriften zu machen. Sie muß wissen, ob sie es sich leisten kann, daß Pfarrer an der Saar ihren heiligsten Bestiz verspielen dürfen.

Das Wunder des Dr. Schacht

Einige neugierige Fragen

Paris, 28. September.

Von unserem Korrespondenten.

Von „Taschenspielerkünsten des Dr. Schacht“ erzählt der „Figaro“. Das Blatt meint, die Reichsregierung habe, wie man sich erinnere, in den ersten Märztagen eine drakonische Einschränkung der deutschen Einfuhr angeordnet. Aber, seltsam, seltsam, die Folge davon sei eine schnelle Zunahme gewesen. Man habe sogar festgestellt, daß, je geringer der Devisenvorrat war, um so mehr die Einfuhr wuchs.

Es wäre nun erlaubt gewesen, zu denken, daß wenigstens im Monat August, d. h. mehr als sechs Monate nach dem Erlass jener Verordnung, man anfangs, ihre Wirkungen zu beobachten. Aber die Zahlen, die man den letzten amtlichen Veröffentlichungen des Reichs entnehmen, haben kein Recht lassen an.

Deutsche Einfuhr (in Millionen)	1933	1934
Juni	357	375
Juli	360	365
August	347	343

Was, so fragt das Blatt, seien nun Dr. Schachts Versicherungen wert? Wenn man berücksichtigt, daß die Preise der eingeführten Waren im Laufe der letzten zehn Monate erheblich gefallen seien, so ergebe sich aus den angeführten Ziffern, einwandfreien Zeugen, daß die Einfuhr im August tatsächlich höher gewesen sei als die im vergangenen Jahr.

Das treffe vor allem auf die Rohstoffe zu. Dagegen nach den amtlichen Statistiken der Verbrauch der Bevölkerung heute niedriger sei als der im Jahre 1932, sei die Einfuhr der Rohstoffe erheblicher als in den letzten Jahren. Für gewisse Rohstoffe — man errate, welche! — erreichte sie sogar eine Zunahme von 75 Prozent.

Daraus ergäben sich zwei Fragen:

1. Wozu diene die Einfuhr, die sichtlich nichts mit dem Verbrauch der deutschen Bevölkerung zu tun habe?

2. Woher kämen die zusätzlichen Devisen, die erforderlich seien für die Finanzierung der vermehrten Einfuhr? Habe nicht Dr. Schacht erst kürzlich versichert, dem Reich fehlten in einem solchen Maße Devisen, daß es selbst die normale Einfuhr nicht regeln könne.

Figaro schließt: „Man hat da mit einem Wunder zu tun, aber das uns Herr Dr. Schacht recht gut ausklären könnte.“

Weihe für den Reichsbischof

Alles „tief ergriffen“

Der Reichsbischof Müller steht am Ziel seiner Wünsche. Am Sonntag wurde er in einem feierlichen Akt im Berliner Dom in sein Amt eingeführt. Alles war da, was in der Hölle kirchliche Glanz und Namen hat. Die Festansprache hielt der eigentliche Führer der evangelischen Kirche, der Ministerialdirektor Jäger, der die protestantische Exekutive gegen die Opposition durchzuführen hat. Alles war ergriffen. Auch die Landesbischöfe. Das sind jene Geistlichen, die man den widerspenstigen Landesbischofen auf die Nase gesetzt hat. Es fehlten, was die amtlichen Meldungen selbstverständlich verschweigen, der bayerische Landesbischof Meiser und der hannoversche Landesbischof Marahrens. Der Bischof der deutschen evangelischen Kirche, Dr. Engelke, sprach unter den Klängen des Gemeindeorgels: „O heiliger Geist, sei bei uns ein.“ Der älteste der evangelischen Bischöfe, Kuhlwein-Baden, gelobte im Namen seiner Kollegen treue Gesellschafter. Schließlich sprach Reichsbischof Müller selber auch „tief ergriffen“. Man sang das Horst-Wessel-Lied, durch den Dom hallte ein dreifaches Siegesheil auf den Führer, hoch oben im Domgewölbe leuchtete das Hakenkreuz. Das war die Einführung des Herrn Reichsbischof. Es ist kein Wort mehr dazu zu sagen. Höchstens dies: dieser Weiheakt erfüllt

in Deutschland Hunderttausende von Protestanten mit Trauer und Scham.

Ueber die große Sportpalastkundgebung der deutschen Christen erfährt man nachträglich, daß es sich um eine ausschließlich braune Veranstaltung handelte, die im Kenner wie im Geiste durchaus den Stil einer nationalsozialistischen Versammlung nachahmte. Den Vorsitz führte ein Parteifunktionär in brauner Uniform. In SA-Stiefeln, Breches, in braunem Hemd sprach der deutschchristliche Pfarrer Tausch. Man klatschte, trampelte und sang das Horst-Wessel-Lied. Tags darauf begann die große Reichstagung der deutschen Christen. Ministerialdirektor Jäger bekräftigte noch einmal die Beschlüsse der Nationalkonferenz und den Willen, die Opposition um jeden Preis niederzuschlagen. Es bleibt bei der Maßregelung von mehr als 1000 gläubigen Pfarrern.

„United Press“ erfährt, daß die Reichskirchenregierung anfänglich der Einführung des Reichsbischofes in einiger Verlegenheit war. Diese Einführung sollte ursprünglich der Berliner Bischof Glöndus vornehmen. Er weigerte sich jedoch, weil seine Gemeinde Einspruch erhoben hatte. Schließlich erklärte sich der badische Landesbischof Kuhlwein bereit.

Keine nutzlosen Entmannungen

Eine grundsätzliche Erkenntnis des Reichsgerichts

Zur Frage der Voraussetzungen der Entmannung liegt, wie das „Abz.“ meldet, ein neuerliches grundsätzliches Erkenntnis des Reichsgerichts vor. (I D. 612/34.) Diese Entscheidung unterstreicht den Grundsatz, daß die Entmannung nur zulässig sei, wenn die öffentliche Sicherheit es erfordere. Das sei zwar in § 42 StGB. nicht ausdrücklich gesagt, nach dem Zusammenhang aber vom Gesetzgeber unzweifelhaft gewollt.

In dem der Grundsatzentscheidung vorliegenden Einzelfall handelte es sich um einen Angeklagten, der bereits 62 Jahre alt ist, an Aderverkalkung litt und im Rückbildungsalter befallen war. Er war zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach Lage des Falles bezeichnet es das Reichsgericht als zweifelhaft, ob auch nach der Strafverbüßung dieser Angeklagte eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten könne. Hierüber hätte mindestens das Urteil sich äußern müssen, und zwar auf Grund der tatsächlichen Erklärung des Sachverständigen. Auch sei es möglich, daß der verbrochenen Sachverhalt selbst bei Vornahme der Entmannung nicht beseitigt werden könne, wie in einem anderen Falle ein Sachverständiger festgestellt hatte. In einem solchen Falle, wenn die Erfolgslosigkeit der Entmannung anzunehmen sei, könne sie nicht angeordnet werden, weil die öffentliche

Sicherheit keine nutzlose Maßnahme erfordere. Es sei dann zu entscheiden, ob die Unterbringung des Angeklagten in einer Heil- oder Pflegeanstalt anzuordnen ist mit Rücksicht auf die verminderte Zurechnungsfähigkeit.

Das Neueste

Der Präsident der spanischen Republik unterzeichnete ein Dekret über die Verhängung des Alarmzustandes. Das Dekret tritt von Sonntag ab in Kraft.

Zwischen Gerona und Barcelona fuhr ein Lastwagen mit einem Autobus zusammen, der von zahlreichen Personen besetzt war, die von der Heilreise in Frankreich zurückkehrten. 56 von ihnen wurden schwer verletzt.

Oberst Lindbergh und seine Frau haben Sonntag nachmittag im eigenen Flugzeug die Reise nach Kenosha angetreten, um den Behörden bei der weiteren Untersuchung gegen Richard Hauptmann zur Verfügung zu stehen, der im Verdacht steht, sein erregt Lindberghs Kind geraubt zu haben.

Ein schwerer Autobusunfall, bei dem zwei Menschen getötet und 20 verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag in der Nähe von Oron. Ein vollbesetzter Autobus, der einem Lieferwagen ausweichen wollte, fuhr in voller Fahrt gegen eine Mauer und ging in Trümmer. Die beiden Toten sind Europäer, während die Verletzten zum größten Teil Eingeborene sind.

Der umstrittene Krebserreger

Zwei Erklärungen

Regierungsrat Dr. von Brehmer und Professor Dr. Reiter übergeben der Öffentlichkeit Stellungnahmen zum Krebsproblem.

Dr. von Brehmer

führt aus: Herr Prof. Dr. Reiter, Präsident des Reichsgesundheitsamts, hat Vertretern der Tagespresse unter Hinweis auf meine wissenschaftliche Arbeit, die am 25. August d. J. in der „Medizinischen Welt“ erschienen ist, Angaben gemacht, die geeignet sind, mein Ansehen als Wissenschaftler zu schädigen und die meine Veröffentlichung als unwissenschaftlich, leichtfertig und launisch hinstellt. Ich rüde von diesen, mich als Wissenschaftler persönlich kränkelnden Angriffen weit ab, und überlasse es der Wissenschaft, das Urteil über meine Veröffentlichung erst dann zu fällen, wenn sie Gelegenheit genommen hat, das, was ich veröffentlichte, weiter nachzuprüfen. Im übrigen verweise ich erneut auf meine schon früher der Tagespresse gegebene Erklärung, daß ich jede weitere Diskussion über wissenschaftliche Dinge in der Tagespresse ablehne, auf die Fachpresse hinweise und meine wissenschaftlichen Forschungsergebnisse nach wie vor in vollem Umfang anrechterhalte. Auch ist von den gleichzeitig veröffentlichten Nachprüfungen eines genau sehgelegten Teils meiner Befunde von keiner Seite etwas zurückgenommen worden.

Ich stelle im Gegensatz zu den Angaben des Herrn Professor Dr. Reiter fest, daß schon vor mir Wissenschaftler Krebsorganismen gesehen und beschrieben haben, welche mit der Entstehung bösartiger Geschwülste in ursächlichem Zusammenhang gebracht wurden. Angaben, die erst dann kritisch abgewertet werden müssen und können, wenn die Frage, ob Krebs eine Erregerkrankheit ist oder nicht grundsätzlich entschieden ist. Es ist selbstverständlich, daß sterile, bakteriologische Arbeiten die Voraussetzung der drei Veröffentlichungen in der „Medizinischen Welt“ waren. Es sind nicht „bessere“ Ergebnisse aus Fingerbeere als aus Krampfen erzielt worden, eine Behauptung, die auf nichtsterilen Arbeiten

abzielt. Im Gegenteil waren, wie aus der Ueberprüfungsarbeit zu ersehen ist, 80 v. H. aller Blutverfärbungen (Vene) und 75 v. H. aller Fingerbeereverfärbungen positiv. Ich bin kein Chemiker, sondern Biologe mit bakteriologischer Vorbildung. Ferner ist aus den Veröffentlichungen genannter Fachpresse zu ersehen, daß die Beweisführung, ob der neue Mikroorganismus bösartige Tumoren erzeugt oder nicht, der kommenden histologischen Veröffentlichung vorbehalten bleiben sollte. Ueber die Behandlung von Krebs und die Krebsdiät habe ich bisher weder in der Fachpresse noch in der Tagespresse Mitteilung gemacht. Es ist ungewöhnlich, diesbezügliche Mitteilungen der Tagespresse, die, wie aus ihr zu ersehen ist, von dritter Seite stammen, ohne Nachfrage als Grundlage für eine amtliche Stellungnahme gegen mich zu benutzen. Die Zusammenfassung der Spezialinjektion ist, wie ebenfalls aus der Ueberprüfungsarbeit zu ersehen ist, angegeben. Ich führe keine Krankengeschichten, denn ich bin reiner Wissenschaftler und Biologe. Die Krankengeschichten, auf welche Herr Professor Reiter sich bezieht, hat er an dritter medizinischer Stelle eingeleitet.

Auf weitere Angriffe einzugehen, muß ich mir an dieser Stelle versagen, weil sie das wissenschaftliche Gebiet kreieren und zum Teil persönlichen und sachlich-informativen Vorbeisprechungen entkommen, die ich mit Herrn Professor Reiter als Grundlage für die kommende, bereits angeordnete und vorbereitete weitere Prüfung meiner wissenschaftlichen Befunde durch das Reichsgesundheitsamt vor ungefähr zwei Monaten hatte. Bereits im Jahre 1932 unterbreitete ich dem Reichsgesundheitsamt meine Forschungsergebnisse mit der Absicht einer gemeinsamen, überprüfenden Zusammenarbeit. Ich bedauere, daß der Rahmen der Veröffentlichungen in der „Medizinischen Welt“, auf die man sich bei der Bewertung der Arbeit allein stützen müßte, überschritten worden ist.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamts,

Professor Reiter,

bemerkte zu diesen Ausführungen des Herrn von Brehmer folgendes: Seit über einem halben Jahr werden zwischen dem Reichsgesundheitsamt im Einvernehmen mit dem Reichs-

ministerium des Innern und Herrn von Brehmer von mir stets auf das nachdrücklichste geförderte Verhandlungen gepflogen, um einerseits die Voraussetzungen zu schaffen, die theoretischen Auffassungen des Herrn von Brehmer über die Krebsfrage in den Laboratorien des Reichsgesundheitsamtes oder des Ministeriums des Innern, andererseits die von ihm behaupteten Heilerfolge unter Aufsicht zuverlässiger Ärzte an Kranken innerhalb einer geeigneten für diese Prüfungen einzurichtenden Krankenabteilung eines Berliner Krankenhauses mit finanzieller Unterstützung des Reichsministeriums des Innern nachzuprüfen.

Jede Erregung der Öffentlichkeit wäre unterblieben, wenn Herr von Brehmer sich nicht — ohne Wissen des Reichsgesundheitsamtes oder des Ministeriums des Innern, und nachdem letzteres schon eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt hatte — zu einer voreiligen, den Verhandlungen zuwiderlaufenden Veröffentlichung seiner Befunde entschlossen hätte, von denen er wußte, daß sie noch keine Beweise einer wissenschaftlichen Erkenntnis darstellten!

Wenn Herr von Brehmer vom Inhalt der in den Tageszeitungen wiedererhöhenen Ausführungen jetzt abrückt, so ist es unverständlich, wie diese überhaupt in zahllosen Tageszeitungen Einlaß erhalten konnte, zumal vielen dieser Ausführungen kein Lichtbild beigegeben war! Es ist unverständlich, warum er in der Öffentlichkeit nicht unmittelbar nach Erscheinen dieser zum Teil ganz unannehmlchen und die Volksgesundheit gefährdenden Auslassungen hiervon Mitteilung gemacht hat, sondern erst die von ihm offenbar wenig bearbeitete Rückübernahme des Reichsgesundheitsamtes abwartete! Es erscheint ganz nebensächlich, ob Herr von Brehmer als „Chemiker“ bezeichnet wurde (er ist Apotheker und hat in Botanik promoviert); wichtiger und maßgebend ist es, ob er als Richter das, was er gesehen haben will, biologisch richtig zu deuten und für die Heilung am Menschen richtige Schlüsse zu ziehen verstand.

Die im Laufe der kommenden Monate vorzunehmenden Nachprüfungen werden bald zeigen, ob Herr von Brehmer der deutschen medizinischen Wissenschaft etwas gegeben oder genommen hat!

„Amüsante Beerdigungen“

Die „positiven Christen“ und ihre Morde Witze über die Hitlermorde des 30. Juni

Die „Saarbrücker Zeitung“ erzählt:

Interessante Zahlen veröffentlicht ein französisches Kirchenblatt über die katholischen Geistlichen, die während der französischen Revolution ihres Glaubens und Amtes wegen Verfolgungen ausgesetzt waren. Es waren insgesamt 1862 Priester. Von diesen wurden 7 enthannt, 19 erschossen, 21 massakriert, 34 deportiert, 77 lange Zeit gefangen gehalten (davon starben 18 im Gefängnis), 461 verbannt (davon starben 83 in der Verbannung), 140 lebten vertrieben (davon starben 11 im Exil), 842 verweigerten den Eid auf die Verfassung, 617 leisteten diesen Eid, 39 widerriefen den Eid sofort, 100 widerriefen ihn im Jahre 1795 oder später, 120 widerriefen nicht; 19 Priester, die auf die Verfassung geschworen hatten, wurden von den Chouans erschossen, 2 in den Kämpfen in der Vendée; 14 Priester wurden hingerichtet aus rein religiösen Gründen.

„Interessante Zahlen“. Unter der Voraussetzung, daß die Geschichtsquellen des französischen Kirchenblattes stimmen, muß man immerhin sagen, daß die Geschicke schon etwas lange her sind: rund 150 Jahre.

Näher liegt uns der 30. Juni 1934. Zu den an diesem Tage verübten Morden hat die „Saarbrücker Zeitung“ am 6. Juli geschrieben:

„Die deutsche Bevölkerung und auch die Bevölkerung des Saargebietes hat das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie in Staatsnotwehr gehandelt hat, daß also die Konspirationen der Staatsverschwörer so gefährlich und so weitgehend waren, daß dies harte Durchgreifen notwendig und nicht zu umgehen war. Aber wir dürfen keinen Zweifel darüber lassen, daß dieses Vertrauen nun auch der Regierung die Verpflichtung auferlegt, der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Notwehrmaßnahmen verständlich zu machen... so wünschen wir, daß eine regierungsseitige Verlautbarung die Maßnahmen der Staatsregierung als Notwehr ausweist und das Maß an Schuld, das den einzelnen Beteiligten zugewiesen werden muß, klar erkennen läßt.“

Bis heute ist der bescheidene Wunsch der „Saarbrücker Zeitung“ noch nicht erfüllt worden. Seitdem ihren Redakteuren mit der Entziehung des Brotforts gedroht worden ist, haben sie zu der Reichsmordaktion ihres Führers geschwiegen.

Da sind ihre nationalsozialistischen Kollegen von der „Deutschen Front“ andere Kerle. Die stehen zu ihrem eigenen Lumpentum und zu den Morden, 1200 Tote? Kleinigkeit! Noch lange nicht genug! Das tut man wigig so ab:

Monate sind seit dem 30. Juni vergangen; aber noch immer können sich die Emigranten nicht beruhigen. Während sie in den ersten Tagen des Juli von 45 Toten sprachen, steigerten sie diese Zahl in der zweiten Hälfte auf 90 — 100, 150, 200 und heute am 21. September sind es bereits 1184 (Eshundertvierundachtzig). Die „Freiheit“ weiß es „positiv“, hat es von den üblichen Herren in hoher Stellung „erfahren und weiß „genau“, daß es noch mehr sind. Nach unseren Berechnungen werden es bis Weihnachten 400 000 Tote sein, die in der Silberkernnacht die erste halbe Million überschreiten werden. Am 13. Januar kommen dann noch die Saaremsigranten hinzu, so daß wir immerhin bis Ostern mit einer recht amüsanten Beerdigung zu rechnen haben werden.

Man sieht: es sind positive Christen, und Herr Parrer Wilhelm bezieht mit vollem Recht seine Monatsprämie von diesen wackeren Mitbürgern. „Gelobt sei Jesus Christus“.

Herr Parrer Wilhelm, dieser milde Priester Jesu Christi, hat gewiß auch nichts dagegen, daß seine Mitbürgern von der „Deutschen Front“ über die amüsante Beerdigung der Katholikenführer Klausener und Probst Wilhelm, denn das war ja, wie man oben liest, die reine Karnevalsdangelegenheit.

Während der „Führer“ und Reichskanzler noch immer nicht den Mut gefunden hat und ihn nie finden wird, die Wahrheit über seine Mordaktion vom 30. Juni zu sagen, sind im Streit mit Versicherungsgesellschaften recht interessante Rechthaltungen gemacht worden:

Die Mehrzahl der Opfer hatten nämlich Lebensversicherungen abgeschlossen. Wie üblich, waren diese Versicherungen auf der Basis abgeschlossen, daß bei einfachem Todesfall die einfache Versicherungssumme, bei Tod durch Unfall aber die doppelte Versicherungssumme ausgezahlt wird. Die Frage entstand nun, welche der beiden Todesfälle bei den verscherten Opfern des 30. Juni in Frage komme. Versicherungsgesellschaft handelt es sich nämlich auch um einen „einfachen Todesfall“, wenn der Versicherte durch Gerichtspruch zum Tode verurteilt und hingerichtet wird. Nun waren zwar die Opfer des 30. Juni hingerichtet worden, aber es lag kein Urteilspruch vor. Nach langen Verhandlungen, in welche auch die Regierung eintrat, wurde nun den Angehörigen der Opfer des 30. Juni, so weit sie der Nationalsozialistischen Partei angehörten, nur die einfache Versicherungssumme ausgezahlt, da die Regierung den Standpunkt vertrat, daß ihr Tod zwar ohne vorheriges Urteil, aber durch souveränen Rechtsakt erfolgt sei.

Gingegen wurde für die anderen, nicht nationalsozialistischen Opfer eine auch politisch bemerkenswerte Ausnahme gemacht. Den Hinterbliebenen dieser Toten wurde, wie man hört, die doppelte Versicherungssumme ausgezahlt. Man gab damit zu, daß ein „Unfall“ im versicherungstechnischen Sinne vorlag. So erhielten die Angehörigen des Ministerialrats Klausener, des Dr. Bohse, des Rittmeisters von Kessel, des Sohnes des früheren Oberklienten und Kommandeurs der Marine von Kessel, des Münchener Musikkritikers Schmidt und des Vorsitzenden der katholischen Jugendverbände der Saar, Probst, die doppelte Versicherungssumme. Der Kammerherr des Dr. Bohse wurde sogar noch erklärt, daß die Mörder zur Rechenschaft gezogen würden. Darüber hinaus wurde der Familie eine Staatspension zuerkannt. Auch die Hinterbliebenen des Ministerialrats Klausener erhalten die gesetzliche Pension, auf die Klausener als Beamter Anspruch hatte, ausbezahlt.

Daß irgend etwas geschieht, um die gemeinen Mörder an den Katholikenführern Klausener und Probst und einzuweisen ungezählten sonstigen Opfern der Reichsmordaktion zur Verantwortung zu ziehen, wird nicht gesagt.

Die Versicherungsgesellschaften haben inzwischen angeordnet, daß für Lebensversicherungen von politischen Führern des „dritten Reichs“ erhöhte Prämien bezahlt werden müssen. Die „Unfall-Gefahr“ ist zu groß, solange der „Führer“ und Reichskanzler regiert.

Wird bleibt eine allgäuliche Sache und an „amüsanten Beerdigungen“ ist kein Zweifel.

Saar-Naziterror wird festgestellt

Die Internationale Untersuchungs-Kommission tagt

Saarbrücken, 24. September.

Eine internationale Untersuchungskommission hat unter dem Vorsitz von Lord Marley, dem Vizepräsidenten des englischen Oberhauses, eine Untersuchung über den Terror an der Saar angestellt und hat darüber zunächst ein Pressecommunique herausgegeben, in dem die Tatsache schwersten Terrors seitens der Nationalsozialisten an der Saar festgestellt wird. Außer Lord Marley gehörten dieser internationalen Untersuchungskommission an: Graf Michael Karolyi, früherer Ministerpräsident von Ungarn, Senator Georg Branting, Sohn des früheren schwedischen Ministerpräsidenten, und der amerikanische Rechtsanwalt William O. Thompson, bis vor kurzem eine der führenden Persönlichkeiten in der „Nira“ des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Die Untersuchungskommission hörte über 40 Zeugen, Männer und Frauen aus den verschiedensten Orten des Saargebietes, und zwar Arbeiter, Gewerkschaftsführer, Mitglieder verschiedener politischer Organisationen, Intellektuelle, Beamte und Geistliche. Die Kommission hatte auch Gelegenheit, mit Mitgliedern der Regierungskommission und mit dem Präsidenten und den Mitgliedern der Abstimmungskommission des Völkerbundes zu sprechen.

In ihrem Pressecommunique betont die internationale Untersuchungskommission, daß sie auf Grund der bei ihr eingegangenen Berichte über die schwere Bedrückung und die Gewalt- und Terrormaßnahmen durch die Nazianhänger an der Saar, die in direktem Zusammenhang mit dem bevorstehenden Plebiszit stehen, von einer Reihe politischer und religiöser Organisationen die Einladung erhalten hat, eine Kommission an die Saar zu entsenden, um Zeugnisse zu hören und Dokumente und Berichte an Ort und Stelle zu prüfen.

Die hervorzuhebenden Tatsachen, welche die Kommission feststellte, waren:

a) Die Existenz von weit verbreiteten und organisierten Terror- und Gewalttaten zusammen mit schwerem offenen und heimlichen moralischen Druck gegen Saarbewohner, die als Gegner des Hitler-Regimes bekannt sind.

b) Das Bestehen von schweren Befürchtungen bei der katholischen Saarbewölkerung in bezug auf religiöse Verfolgungen in Hitler-Deutschland. Die Kommission erhielt Berichte über physische und moralische Bedrückung gegen Katholiken und auch Geistliche.

c) Das Bestehen einer weit verbreiteten Forderung, daß im Zeugnis, daß das bevorstehende Plebiszit weder geheim noch frei sein wird, eine Uebersetzung, welche die Untersuchungskommission während ihrer Besprechung zur Kenntnis der Mitglieder der Abstimmungskommission brachte.

d) Das Bestehen einer weit verbreiteten Forderung, daß im Falle einer Majorität beim Plebiszit für den Status quo zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Plebiszit veranstaltet werden sollte. Die Untersuchungskommission wird dem Hilfskomitee für die Opfer Hitlers empfehlen, die Bemühungen zu unterstützen, die gegen den Naziterror an der Saar gerichtet sind.

Ein vollständiger Bericht der Untersuchungskommission wird vorbereitet und veröffentlicht werden sowie die Zeugenaussagen und Dokumente einem nochmaligen detaillierten Studium unterzogen sind. Der Endbericht wird der zuständigen Kommission des Völkerbundes übergeben werden.

Saarbrücken, den 22. September 1934.

gez. Lord Marley,
gez. William O. Thompson,
gez. Georg Branting,
gez. Michael Karolyi.

Die Schlußsitzung

Als Abkühlung ihrer Tätigkeiten fand eine Schlußsitzung der internationalen Untersuchungskommission mit einer Reihe Vertreter der verschiedensten politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen unter dem Präsidium von Max Braun statt, der in seiner Begrüßungsansprache den Dank an das Marley-Komitee ausdrückte und dann einen Abriss der augenblicklichen Fragen des Saarproblems in klaren und eindringlichen Darlegungen gab. Seine Erklärungen gipfelten in dem Verlangen nach „fair play“ im Abstimmungsstempel und in dem Bekenntnis: „Wir stimmen gegen Hitler, weil wir für Deutschland sind.“

Nach ihm ergriff Lord Marley das Wort, der erklärte, daß die Kommission tiefstens beeindruckt gewesen sei von dem Kuomintang und der Intensität des Terrors, der gegen einen Teil der Bevölkerung ausgeübt wird, der nicht in den Reihen der sogenannten „deutschen Front“ steht. Besonders hart sei auch der Terror der auf jenen Teil der Katho-

lischen Bevölkerung ausgeübt werde, der sich aus religiösen Gründen nicht gleichhalten lassen wolle. Allerhöchster Eindruck habe auf die Kommission die Furcht eines arden Teils der Bevölkerung gemacht, die annehme, daß die Abstimmung nicht ungehindert, nicht geheim und nicht frei vor sich gehen werde. Die Erklärungen, die darüber die Abstimmungskommission gegenüber der Untersuchungskommission gegeben habe, seien Maßnahmen vor, die die absolute Geheimhaltung garantieren sollen. Auch die Frage der Freimachung der Saale werde in den nächsten Tagen praktisch gelöst werden. Lord Marley beschloß sich sodann mit den Ausführungen von Max Braun zur Bestimmtheit und Abänderbarkeit des Status quo, zur Sicherung der Saar vor einem Putsch oder Grenzveränderung und der Einhaltung der Vertragsverpflichtungen vom 1. Juni d. J. vor dem Völkerbundsrat durch alle Beteiligten, auch durch die Ordinarie des „dritten Reiches“. Marley stellte sich schließend auf den Boden dieser Forderungen und löste weitgehend die internationale Untersuchung für die genaue und forterfekte Durchführung des Friedensvertrages in bezug auf die Bedingungen des Saarplesbiszits zu.

Dann sprach Fritz Fördt, der ein Bild der augenblicklichen politischen Lage an der Saar zeigte, die besondere Bedeutung der Einheitsfront feierte und besonders die Notwendigkeit unterstrich, falls es nicht zum Bürgerkrieg kommen solle, die absolute Sicherung des Lebens und Eigentums aller Antinationalsozialisten zu treffen.

Nachdem Lord Marley ihm kurz geantwortet und die Bedeutung der Einheitsaktion auf der Antihitlerseite hervorgehoben hatte, nahm ein katholischer Geistlicher das Wort, der aus eigenen Erfahrungen eine Reihe von Beispielen beibrachte und dabei die Frage der bischöflichen Jurisdiktion an der Saar streifte und auf trafen Unterchiede hinwies, die die Geistlichen erfahren, je nachdem sie sich auf die Seite der nationalsozialistischen „deutschen Front“ oder der Status-quo-Anhänger begeben. Er führte dabei die Beispiele einerseits der Parrer Wilhelm und Wäuten und andererseits des Pater's Dörr an.

In seinem Schlußwort dankte Max Braun nochmals dem internationalen Komitee und allen Organisationen, die an dieser Schlußsitzung teilgenommen hatten und schlug im Auftrage des Komitees einen

Juristischen Unterausschuß für die Saar

vor, der das Zentraluntersuchungskommissionskomitee mit juristisch geprüften, arundlegendem Material weiterhin versorgen wird und dessen Vorsitz Rechtsanwalt Lehmann übernehmen wird.

„Was wollen Sie?“

Das amerikanische Misalied des Untersuchungsaußschusses William O. Thompson kam gerade aus Berlin, wohin er im Auftrag des Weltbühnenkomitees für die Opfer Hitlers gefahren war, um die Lage der Gefangenen zu studieren. Thompson hatte während seiner Berliner Reise eine internationale Unterredung mit dem Auslandsdirektor Hans Haackel, in deren Verlauf Haackel erklärte, daß im Rahmen der Amnestie Dittels, Forster und Neubauer freigelassen werden sollen. Der Presschef Hitlers sagte aber hinzu: „Wenn diese Leute sich nicht entsprechend benehmen, werden wir sie an die Wand stellen und erschließen.“ Thompson äußerte sein Bestreben über diese Erklärung, worauf Haackel sagte: „Darum regen Sie sich darüber auf? Gibt es nicht genug Verbrechen, Ermordungen und Menschenraub in Amerika?“ Als ihn Thompson darauf hinwies, daß in Amerika solche Taten von Verbrechern, in Deutschland, aber offenbar von der Regierung, begangen würden, blieb Haackel die Antwort schuldig.

Schimpfbolde und Terroristen

Die Sonntagspredigten der braunen Front'er

Pirro und die Seinen geben das Signal zur „iröhlichen Hatz“

Saarbrücken, 24. September 1934.

Bei den Rundgedungen der „deutschen Front“, die am Sonntag im Saargebiet stattfanden, haben die Sprecher, an ihrer Spitze der Landesleiter Pirro, nicht aufgehört, ihre Vokalität gegenüber der Regierungskommission zu betonen. Sie taten es mit frommem Aufschlag der Augen: wir sind keine Terroristen! Wir halten Disziplin! Wir sind brav, und wenn die Regierungskommission uns nicht glauben will und Noten über uns nach West schickt, so sagt sie den loyalen braunen Männern an der Saar bitteres Unrecht zu.

Aber in dem gleichen Atemzuge, in dem die Herren Pirro, Parrer Wilhelm und andere die Saantheit selbst sind, reizen sie ihre Anhänger mit unverhüllten Beschimpfungen und Drohungen gegen ihre politischen Gegner an. Wir geben nachstehend einige Proben aus der Saarbrücker Rede des Landesleiters Pirro im Wortlaut (laut „Saarbrücker Zeitung“) wieder:

Aber! Man soll sich nicht einbilden, mit uns Schindluder treiben zu können. Es gehört keineswegs zu unseren Vorkampfsverpflichtungen, daß wir uns von herabgelassenem Gesindel verhöhnen und mißhandeln lassen müssen. Unsere Disziplin und

Ruhe, unsere feste Absicht, jede Störung vermeiden zu helfen, scheint nämlich in letzter Zeit hier im Saargebiet von mancherlei Leuten falsch gedeutet worden zu sein. Die Menschen, welche nicht die Frage zu beantworten haben, ob wir deutsch sind oder nicht, ob wir schnell französisch werden wollen, oder ob wir auf dem unheimlichen Umweg über den Status quo lanatam-französisch gemacht werden sollen, die sollen sich nicht einbilden, wir seien für wachstrei erklärt worden. Dieses Gesindel, das allen Grund hätte, kein vorläufiges Atal zu belassen, wie es von ihnen vorgerufen wurde — dieses Gesindel, das allen Grund hätte, keine Wache, nämlich die Gesamtheit aller Deutschen an der Saar, mindestens zu reaktivieren und in Ruhe zu lassen — dieses Gesindel glaubt annehmend, wir seien nur zu seinem Diskvermögen auf der Welt. Es mag Regierung arbeiten, die sich solche „Kolonisationsmethoden“ fremder Einbrunnung gefallen lassen — wir lassen uns nicht mit Peitschen der Christlichkeit und des Betrugs traktieren! Will dieses in den letzten Monaten hier eingedrungene Gesindel uns einen Vorachtsmaß geben von jenem Status-quo-Paradies, das für sie zu räumen wir abkündigungsberechtierte Saardutsche andertoren wurden? Nun, wir werden zwar dieses Paradies nicht gründen — aber wir wollen es in der Fantasie dieser Leute wenigstens existieren lassen und ihnen am 13. Januar einen

Engel mit flammendem Schwert davor.
Kellen...

Nein — wir haben die sichersten Beweise dafür, daß man unter Aufsicht nicht mehr beweist — der sicherste Beweis sind ja die ungaltbar gewordenen Verhältnisse im Saargebiet. Der sicherste Beweis ist der, daß deutsche Emigranten und Vaterlandsverräter die einzigen sind, die als angebliche Minderheit vor uns — vor der Gesamtheit der Saardeutschen, angeblich geschützt werden müssen — wenn es sein muß, sogar mit Hilfe internationaler Polizei!

Das ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Dieser braune Schimpfbold brennt vor Begier, die längst dreifache Meute auf alles loszulassen, was im Saargebiet um des Deutschland wegen nicht zu Hitler zurück will.

Eine noch frechere Beschimpfung der Hitlergegner leistet sich der katholische Priester Arenz, mit dem wir uns heute noch an anderer Stelle beschäftigen. Er sagte unter anderem:

„Wollen wir zum Judas werden? Zeit wann betrifft man das französische Volk nach einem Stavisin, die zwölf Apostel nach einem Judas, die Saarländer nach Emigranten, die hier absolut nichts zu sagen haben?“

Dieser edle Seelenhirt, ein Schänder des Glaubens und Leiter Kirche, hat den Mut, anständige, für ihre Ueberzeugung kämpfende Menschen mit dem Grobdeutigen Stavisin zu vergleichen. Dabei weiß dieser Arenz, daß sich unter den Emigranten an der Saar auch katholische Geistliche aus dem Reich befinden, die der mörderischen Diktatur nur mit Mühe entronnen.

Von der Beschimpfung zur Bedrohung, von der Bedrohung zur Gewalttat ist nur ein Schritt. Gibt es nachher Attentate auf gepushter Meute — sofern man sie nicht zum Terrorakt gekauft hat — dann rückt man ab, dann waren es Provokateure und selbstverständlich nie Angehörige der „deutschen Front“.

Große Einheitskundgebung

Der Saalbau viel zu klein

Die Einheitsfrontkundgebung in Neunkirchen am letzten Samstag war eine der schönsten und eindrucksvollsten Saalkundgebungen, die die Freiheitsfront in jüngster Zeit erlebte. Trotz der wenig günstigen Zeit und des wenig günstigen Wetters waren über 2000 Besucher erschienen, die leider nicht alle im Saalbau Platz fanden.

Fritz Floridi, nahm in eindrucksvollen Darlegungen gegen den sich ständig steigenden Terror und Boykott, gegen die Rechtsungs- und Diffamierungsmassnahmen und gegen die Sabotagepolitik der nationalsozialistischen „deutschen Front“ an der Saar Stellung. Er begrüßte dann den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund und verlangte endlich durchgreifende Maßnahmen zur Wahrung der Bedingungen des Friedensvertrages: frei, geheim und unbeeinflusst für die Saarabstimmung! Dann sprach

Max Braun, der ausging von der Anwesenheit des Lord-Marley-Komitees und dann über die Rede Neuraths mit ihrer doppelstimmigen Erwähnung der Saarfrage zur Außenpolitik des „dritten Reiches“ und zur patriotischen Pflicht gegenüber der Gefahr und Abenteuerpolitik des „dritten Reiches“ überleitete. Er schloß mit den Worten: „Jeder gute Deutsche an der Saar muß am 13. Januar um Deutschlands Willen gegen seinen Verderber Hitler stimmen!“

In der anschließenden Diskussion sprach zunächst der Genosse Lauer von der kommunistischen Partei, der einige Forderungen an die Regierungskommission und an die Abstimmungskommission präsidierte. Ihm folgte ein katholischer Geistlicher, der vom Standpunkt der katholischen Kirche aus zu dem neubeheldischen Problem des Nationalsozialismus in überzeugender Weise Stellung nahm und begeisterten Beifall der Erschienenen erntete.

Saarfragen in Gené

Barthous Eintreffen

DRS, Paris, 24. Sept. Mit der Rückkehr Barthous nach Gené treten drei Hauptfragen wieder in den Vordergrund des Interesses. Diese drei Fragen sind die österreichische Unabhängigkeit, die bevorstehende Abstimmung im Saargebiet und der Ostpat.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ behandelt eingehend die Abstimmung an der Saar und die Ostpatfrage Frankreichs und der Sowjetunion. Der Berichterstatter hält es für unwahrscheinlich, daß die Beratungen über die Saarangelegenheit während der gegenwärtigen Sitzung des Völkerbundes große Fortschritte machen. Der Dreierausschuß werde mehrere Wochen benötigen, um die letzten von Frankreich in Gené unterbreiteten Vorschläge zu prüfen. Der Völkerbund werde sich deshalb wahrscheinlich darauf beschränken, das Arbeitsprogramm des Dreierausschusses festzulegen, um die ganze Angelegenheit dann auf einer außerordentlichen Sitzung eingehend zu behandeln. Der Berichterstatter legt sich in seinem weiteren Ausführungen für die sofortige Regelung der Ostpatfrage ein, die keinen Ausschub verträge. Er sei dringend notwendig, ein Kontingent von Polizeibeamten zu entsenden, das in den an der Saarfrage nicht interessierten Ländern angeworben werden müsse, um der saarländischen Gendarmerie zur Seite zu stehen.

„Jugendpatenschaften“

Man schreibt uns:
Das Jugendpatenschaftsbüro hat die Aufgabe, auf der Basis der internationalen Solidarität in Verbindung mit allen jungen Antifaschisten der Welt für die antifaschistische Jugend der Länder, die am meisten vom Faschismus getroffen sind (in erster Linie Deutschland und Oesterreich) eine materielle und ideelle Unterstützung zu schaffen. Das Büro schafft zwischen den deutschen Betrieben und antifaschistischen Organisationen direkte Verbindung mit den ausländischen Betrieben, Organisationen usw., die die Patenschaft für sie übernehmen haben.
Einige Beispiele bereits bestehender Jugendpatenschaften:
Blanc Hussen Bobigny ... Einheitsfrontgruppe
Hamburg
Arbeiterjugend Auberwillers ... Antifasjugend
Werraheim
Jugend Rüssel ... Frankfurt a. M.
Jugend Pommern ... Charlottenburg
Jugendklub A.C. Paris ... Baumwollspinnerei
Veitja-Mosau
Dieses Geld wurde bereits für den antifaschistischen Kampf der Jugend nach Deutschland überwiesen.

Sechs Frauen als Geiseln in Stadelheim

Die Rote Hilfe München erhielt von einer antifaschistischen Arbeiterin, die fast zehn Monate lang im Gefängnis Stadelheim bei München als Geisel für ihren Bräutigam festgehalten wurde, folgenden erschütternden Bericht über die Lage der weiblichen Schutzhaftgefangenen:

„Ich war fast dreiviertel Jahr in Einzelhaft, davon einige Monate in verschärfter Haft, d. h. ohne Gefängnisarbeit und mit Verleserbot. Wir Schutzhaftlinge wurden auf Grund der Verordnungen des bayerischen Justizministers Dr. Frank weit strenger als die kriminellen Strafgefangenen behandelt. Wir leben uns aber nicht kleinriegeln und erreichten durch einen zähen Kampf, daß wir schließlich in den Arbeitsjahren beschäftigt wurden.“

Die Verpflegung in Stadelheim war außerordentlich schlecht, denn dort werden nur kurzfristige Strafen abgelesen. Obgleich der Staat für uns 1,50 Reichsmark pro Tag bezahlte, erhielten wir niemals ausreichendes Essen. Wir lebten praktisch im letzten Winter nur von den Lebensmitteln, die wir in unseren monatlichen fünf Pfundpaketen erhielten, oder die wir uns von unserem „großen Verdienst“ — monatlich 2,40 oder 3 Mark — kauften.

Wir lieben uns nicht unterkriegen. Der beste Beweis dafür sind die zahlreichen Nein-Stimmen, die in Stadelheim bei der Abstimmung am 12. November 1933 abgegeben wurden, obwohl für diesen „heimlichen“ Wahlakt der Gefangenen die Kontrolle sowohl durch das Aufsichtspersonal als durch hinzugesogene Kriminalbeamte und SA-Männer ausgeübt wurde.

Die meisten von uns befanden sich bereits acht bis zehn Monate in Haft, als die bayerische Staatsregierung Weihnachten 1933 ihre große „Gnadenaktion“ ankündigte. Am 24. Dezember wurden ganze zwei Frauen aus der Schutzhaftabteilung entlassen. Selbst das Gefängnispersonal war über diesen Raubakt des bayerischen Ministers entsetzt. Unsere Empörung steigerte sich zu einer politischen Aktion, die mit dem Erfolg endete, daß wir die Feiertage in einer Gemeinschaftszelle verbringen konnten. Durch unser entschlossenes Auftreten erkämpften wir uns die Achtung des zum Teil katholischen Aufsichtspersonals. Eine Aufseherin äußerte einmal: „Ihr seid tüchtige Frauen, aber wenn irgendetwas in Stadelheim los ist, dann antwortet ihr immer geschlossen und demontrativ.“ Diese Erklärung be-

deutete für uns, eine, wenn auch unfreiwillige, Anerkennung unseres ungebrogene Kampfwillens.

Ich bin nun aus Stadelheim entlassen. Ich betrachte es aber als meine erste Pflicht, die gesamte Öffentlichkeit aufzurufen für die Rettung meiner noch immer eingekerkerten Kameradinnen, insbesondere aber für die sechs Frauen, die auf Anweisung der bayerischen Staatsregierung als Geiseln für ihre Männer festgehalten werden. Es sind dies:

Senta Weimler, die Frau des aus der Dachauer Hölle entkommenen Abgeordneten Weimler, die, obwohl sie Mutter von zwei unmündigen Kindern ist, sich seit dem 20. 4. 1933 in Schutzhaft befindet.

Maria Dengler, ihre Schwester, die im September 1933 verhaftet und vor ihrer Einlieferung in Stadelheim vierzehn Tage lang im Münchener Polizeipräsidium nachlässigen Verhörs unterzogen wurde. Sie ist schwer erkrankt und erhält, wenn sich ihr Leiden plötzlich meldet, an Stelle einer Diät einfach drei Tage nichts zu essen.

Dora Hösel, kommunistische Abgeordnete des bayerischen Landtags, ist trotz ihres schweren Unterleibsleidens seit dem 10. 3. 1933 in Schutzhaft. Alle Gesuche wurden trotz ihres kleinen Kindes abgelehnt.

Christine Bänderl, eine Mutter von vier Kindern, die schwer erkrankt ist, befindet sich seit dem 14. 4. 1933 als Geisel in Schutzhaft.

Elisabeth Schreiber, Mutter eines Kindes, wird seit dem 13. 3. 1933 in Stadelheim festgehalten, obwohl ihr Mann im August 1933 verhaftet und nach Dachau gebracht wurde. Seit siebzehn Monaten wartet sie auf den Tag, an dem sie zu ihrer alten Mutter und ihrem Kind zurückkehren kann.

Gertrud Mink befindet sich seit dem 2. 11. 1933 als Geisel in Schutzhaft, weil ihr Mann emigriert ist. Alle Gesuche ihrer kranken Mutter, deren einzige Stütze sie war, wurden abgelehnt.

Ich appelliere an das Gewissen der Welt, an alle Feinde des Faschismus und der Barbarei, an alle rechtlich denkenden Menschen ohne Unterschied der Partei und der Konfession alles einzulehen, um gemeinsam mit der Roten Hilfe die Freiheit dieser Frauen und aller politischen Gefangenen zu erkämpfen!

Die Reichswehr

Zwei Strömungen

London, 23. September.
Ueber die beiden Strömungen, die in der Reichswehr herrschen, macht Münchener Guardian bemerkenswerte Ausführungen. Das Blatt sagt, die eine Strömung, die von den Generälen von Blomberg und Reichenau geleitet werde, sei völlig einig mit Hitler. Diese Richtung tendiere nach Osten, d. h. ihre Anhänger seien einem Abkommen mit Frankreich geneigt, um so eine Expansionspolitik nach dem Osten hin verfolgen zu können, was natürlich einen Konflikt mit Rußland bedeuten würde.

Was nun die Anhänger der anderen Richtung anbetreffe, die sich um General von Frisch scharte, so seien ihre Gedankengänge denen des Generals von Schleicher ähnlich. In der Innenpolitik seien sie für eine gemäßigte Form der Diktatur, in der Ueberzeugung, daß jede Kriegsführung unmöglich sei, ohne die Billigung der Arbeiterklasse. Sie befürworteten eine Wiederherstellung der Gewerkschaften in politischer Gewandung, und man wisse, daß Vorschläge in diesem Sinne bereits gemacht worden seien, aber man beobachte hierüber das größte Stillschweigen.

In der Außenpolitik tendiere diese zweite Strömung nach Westen. Sie erstrebe eine Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zur Roten Armee und ein deutsch-russisches Bündnis.

Genauwärtig habe die Richtung die Oberhand, da Deutschland zur Zeit viel zu schwach sei, um im Westen eine militärische Aktion zu unternehmen und da auch der Konflikt im Fernen Ostland gewisse Möglichkeiten zu bieten scheine.

Ein revolutionäres Manifest

Vereinigte Sozialistische Partei Oesterreichs

Uns geht folgender Bericht aus Wien zu:
Dieser Tage hat in Wien eine von mehr als 60 Delegierten besetzte Konferenz der illegalen sozialistischen Bewegung stattgefunden, auf welcher die Verschmelzung der weitläufigsten sozialistischen Organisation der Revolutionären Sozialisten, mit anderen aus der österreichischen Sozialdemokratie hervorgegangenen Gruppen vorgenommen wurde. Die neuentstandene Organisation nennt sich „Vereinigte Sozialistische Partei Oesterreichs“. Sie besteht vorläufig in Wien, soll aber demnächst auf die Bundesländer ausgedehnt werden. In einem Aufruf an die Arbeiterklasse erklärt die neue Partei:

„Unsere Partei ist die alleinige Erbin und Nachfolgerin der österreichischen Sozialdemokratie und zugleich eine neue verjüngte revolutionäre Bewegung. Sie ist die alle Gruppen umfassende sozialistische Organisation, die die völlige Einheit des österreichischen Proletariats auf ihre Fahne geschrieben hat.“ Auf der Konferenz wurde eine Prinzipienklärung der neuen Partei beschlossen. In ihr heißt es u. a.:
„Unsere Partei bekämpft sich mit Stolz zu den glorreichen Kämpfen und großen Kulturkämpfen des in der Sozialdemokratie geeinigten österreichischen Proletariats, insbesondere zu dem heldenhaften Beispiel des Februarkampfes. Aber sie ist sich dessen bewußt, daß die durch den Sieg des Faschismus völlig veränderte Lage der Arbeiterklasse wesentliche Veränderungen in der Methode und den Methoden des Kampfes und im Aufbau der Partei erfordert. Frei von den Fehlern und Illusionen der Vergangenheit wollen wir eine neue geeinigte Bewegung aufbauen.“

„Alle demokratischen Rechte beraubt, muß die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen. Sie muß in unersöhnlichem revolutionärem Kampf die faschistische Diktatur stürzen, die Staatsmacht erobern und die eroberte Staatsmacht mit den Mitteln einer revolutionären Diktatur festhalten... Erst wenn die Diktatur ihre revolutionäre Funktion erfüllt hat, wird durch die Herrschaft der Wirtschaftlichen und politischen Macht des Kapitalismus die Verwirklichung der vollen Freiheit des Einzelnen in einer sich selbst verwirklichenden Gemeinschaft möglich. Ueber die revolutionäre Diktatur führt der Weg zur sozialistischen Demokratie.“

Wir lieben allen Formen des Faschismus in unersöhnlicher Feindschaft gegenüber: wir bekämpfen den Nationalsozialismus nicht minder als den Faschismus der Annonen- und Galionskriegen oder die monarchistische Reaktion. Wir

kämpfen im vollen Bewußtsein, daß der Faschismus nur mit revolutionären Mitteln im Kampfe um die ganze Macht überwunden werden kann, für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse, für die Wiederherstellung des Reallohnens, und Streikrechts, für das Recht der Werkstätten, ihre Gefahrung zu bekennen, um diese Rechte zur Niederringung der faschistischen Diktatur auszunutzen.“
Die Partei erklärt ferner, daß sie die Vereinigung der gesamten österreichischen Arbeiterklasse erstrebt. Sie bekämpft sich zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale und will in ihrem Rahmen für die Ueberwindung aller reformistischen Illusionen, gegen jegliche Unterstützung eines imperialistischen Krieges, für die Verteidigung der Sowjetunion und für die Vereinigung des Weltproletariats zu einer einzigen, weltumspannenden Internationale wirken. — Die Konferenz hat außerdem noch Beschlüsse über die Stellung der Partei zum Schutzbund und über ihre Haltung zu den Kommunisten gefaßt sowie ein Organisationsstatut beschlossen. Bescheidend für die Geschlossenheit und Zuverlässigkeit der illegalen Organisation ist die Tatsache, daß mit einer einzigen Ausnahme kein Teilnehmer an der Konferenz der Polizei bekanntgeworden ist.

Minister Marquet über ausländische Arbeitskräfte

Paris, 23. September 1934.

Der „Jour“ weist darauf hin, daß in Paris 156 206 französische Arbeiter erwerbslos seien, während man 200 000 ausländische Arbeiter zähle. In der Provinz betrage die Zahl der arbeitslosen Franzosen 325 000, denen 840 000 ausländische Arbeiter gegenüberstünden. Der Mitarbeiter des Blattes Claude Gaudin hatte nun eine Unterredung mit Arbeitsminister Marquet, von dem er wissen wollte auf welche Weise es möglich sei, die Zahl der ausländischen Arbeiter zu verringern, um so der Arbeitslosigkeit im Lande abzugeben.

Marquet erklärte im großen und ganzen, daß er kaum an dem bestehenden Zustande etwas ändern könne. Der Minister sagte:

„Zeit Beginn meiner Amtstätigkeit war die Frage der ausländischen Arbeitskräfte eine meiner Hauptfragen. Bestimmte Reformpläne habe ich bereits fertig gestellt, aber Schwierigkeiten bereitet mir die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung, der französischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und schließlich gibt es noch zahlreiche diplomatische Demurrungen... Zunächst einmal wurden die Arbeitgeber durch Arbeitsinspektoren kontrolliert, damit sie nicht die vom Gesetz erlaubte Beschäftigung von 10 Prozent überschritten. Als ich dann mit den Arbeitgebern selber sprach, stellte ich 40 Prozent Gleichgültigkeit und 60 Prozent eigennützige Interessen fest; akzeptieren doch die ausländischen Arbeiter oft Bedingungen, durch die sie die französischen Arbeiter erheblich unterbieten.“

Doch auch die französischen Arbeiter sind sich zum größten Teil der ihnen drohenden Gefahr nicht bewußt. Beispielsweise erkrankte eine ausländische Schutzfabrik ein Unternehmen in Straßburg. In Limoges, in Rougeres, Romancesur-Pierré haben wir Tausende von Erwerbslosen in der Schuhindustrie. Nun gibt es in Straßburg für sie Arbeitsplätze. Nicht 17 von ihnen waren bereit, dorthin zu gehen. Die einen saaten uns: „Da müssen wir ja umziehen!“ Die anderen erklärten: „Hier wissen wir, was wir haben. Weich man denn, was man dort haben wird?“

Gewiß, mein Programm sieht vor, die Ausländer in ihre Heimatländer zurückzuführen. Da aber kommen außenpolitische Rücksichten in Frage. Bevor sich die Dinge auf der Seite Escapelle ereigneten, forderte ich die Arbeit von 6000 polnischen Arbeitern. Nun greift die polnische Wirtschaft in große Aufregung. Der Vorkämpfer kam zu mir und erklärte mir, allerdings sehr höflich, durch eine solche Maßnahme würden die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Polen leiden. Auch Außenminister Bonisou tritt ein, ja man wandle sich sogar an den Ministerpräsidenten Doumergue. Was war die Folge? Die Polen blieben bei uns.“

Mit den Italienern können wir überhaupt nichts anfangen. „Was“, sagte Mussolini, „Ihr schickt unsere Landbesitzer zurück? Schluß! Dann sperre ich meine Grenzen vor eurer Produktion ab. Dann wird eben Italien auf französische Erzeugnisse verzichten.“

Der „neue Plan“ des Hjalmar Schacht

Bürokratisierte Wirtschaft — Ungeahnte Korruptionmöglichkeiten — Und immer tiefer in den Abgrund

Einen „Neuen Plan“ verkündet Schacht. Der Titel ist ein Plagiat an Roosevelt, der sein großes Wirtschaftsexperiment so bezeichnet hat. Der Inhalt ist eine Kreuzung der Kriegsrohstoffwirtschaft Rathenaus mit dem Außenhandelsmonopol Sowjetrußlands. Das Wesen ist nicht ein Plan, bestimmt, die Krisenwirkungen zu überwinden, die Produktion zu steigern, in die kapitalistische Verteilung einzugreifen, um eine erhöhte Lebenshaltung des Volkes zu sichern, sondern das Wesen ist ein mechanischer Zwang, entspringen aus der Not, in die die nationalsozialistische Diktatur die deutsche Wirtschaft aus Unfähigkeit und Leichtfertigkeit gestürzt hat; seine Folgen werden weitere Wirtschaftsschrumpfung und verschlechterte Lebenshaltung sein. Nicht um Planwirtschaft handelt es sich, sondern um

Zwangswirtschaft des Krieges mitten im Frieden . . .

Schacht hat sich ermächtigt, den „Verkehr mit Waren zu überwehen und zu regeln, insbesondere Bestimmungen über deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu treffen“. Er kann Anordnungen über die Aufzeichnung geschäftlicher Vorgänge, namentlich über die Buchführung erlassen. Zur Durchführung dient die Errichtung eines Systems von Ueberwachungsstellen. Waren solche bereits in den letzten Monaten für wichtige Wirtschaftszweige, z. B. für die Textilwirtschaft, geschaffen worden, so werden jetzt 25 Ueberwachungsstellen eingerichtet. Die Einfuhr aller Waren ohne Ausnahme unterliegt ihrer Bewilligung; die Verteilung und Verwendung im Inland kontrollieren sie gleichfalls. An Stelle der bisherigen Devisenstellen teilen sie die Devisen für die von ihnen bewilligte Einfuhr zu. Die Devisenzuteilung, die bisher für alle Importeure und alle Importzwecke gleichmäßig erfolgte, hört auf; an ihre Stelle tritt die individuelle Genehmigung für das von der Ueberwachungsstelle genehmigte einzelne Einfuhrgeschäft. Erst die Erteilung eines solchen Genehmigungsscheines ermächtigt den Importeur, die Zahlung an den ausländischen Verkäufer zu leisten. Es handelt sich also um

ein lückenloses Einfuhrmonopol.

Was, wieviel und woher eingeführt wird, bestimmt der Reichswirtschaftsminister; die Tätigkeit der Produzenten und Händler beschränkt sich im Wesentlichen darauf, ihren Bedarf anzumelden; ob und in welchem Umfang er befriedigt wird, entscheidet die Behörde.

Zwei Bemerkungen drängen sich auf. Nicht genug hat Hitler die „Privatinitiative“, die individuelle Leistung des „Führers des Betriebes“ preisen können. Der angebliche Sozialist übertraf darin den ältesten Manchesterliberalen. Auf einem entscheidenden Gebiet wird jetzt die kapitalistische Initiative ausgeschaltet, die behördliche Anordnung tritt an ihre Stelle. In den Außenhandelsbeziehungen beginnt die Funktion des deutschen Unternehmens sich der des Betriebleiters im bolschewistischen Rußland anzugleichen. Der Diktator denkt, aber das Wirtschaftselend, das er herbeigeführt hat, lenkt.

Eine zweite Bemerkung: Die Nationalsozialisten haben nach „Abschaffung des Klassenkampfes“ die Wirtschaftszweige in Korporationen zusammenfassen wollen, in denen die Selbstverwaltung der Wirtschaft erfolgen sollte nach dem Grundsatz des Gemeinnutzes, über dessen Einhaltung der Staat wachen sollte. Aus diesem ständigen Aufbau ist nichts geworden und die Ueberwachungsstellen mit ihren tiefgreifenden Befugnissen werden rein bürokratisch organisiert. Sie werden unumschränkt von einem vom Wirtschaftsminister ernannten Reichsbeauftragten geleitet. Nicht einmal ein Beirat muß ihm zur Seite gestellt werden. Geschieht dies aber, so werden auch dessen Mitglieder vom Minister berufen. Es ist

bürokratische Zwangswirtschaft in höchster Potenz!

Bei der Regelung der Einfuhr wird die Zwangswirtschaft nicht stehen bleiben. Wir haben schon erwähnt, daß auch Verteilung und Verbrauch der eingeführten Güter behördlicher Ueberwachung unterliegen. Da es keine allgemein gültigen und kontrollierbaren Grundsätze gibt, an welche die Behörde gebunden wäre, so bleibt sowohl die Einfuhrgenehmigung als die Zuteilung der eingeführten Waren ihrer Willkür überlassen. Es wird nicht zuletzt von den guten Verbindungen, von dem politischen Einfluß, von der — eventuell gegen Bezahlung erworbenen — Protektion durch „alte Kämpfer“ abhängen, welchen Anteil der einzelne Unternehmer ergattern kann. In dem korrupten nationalsozialistischen Milieu werden neue Korruptionsherde entstehen.

Die Eingriffe in die innere Wirtschaft werden auch durch den Versuch gesteigert werden, vermehrten Export zur Devisenerlangung zu erzwingen. In letzter Zeit häufen sich die Vorwürfe wegen mangelnder „Exportfreudigkeit“ der deutschen Unternehmer, die lieber auf dem Inlandsmarkt verkaufen, wo die Preise künstlich hochgetrieben worden sind und die zahllosen Schereereien mit der Verrechnung in Scrips und Sperrmark fortfallen.

Jetzt können Bewilligungen zur Einfuhr von Rohstoffen solchen Firmen verweigert werden, die den Export vernachlässigen.

Die Exporttätigkeit wird kontrolliert, der Versuch, sie zwangsmäßig zu steigern, auf diesem Wege unternommen werden.

Die erste Wirkung der Zwangswirtschaft wird nun die Einfuhrdrosselung sein, die bisher nur in geringem Maße gelungen war. Denn auch im August ist die deutsche Einfuhr gegenüber dem Juli nur um 20 Millionen auf 343 Millionen zurückgegangen. Die Ausfuhr hat um 13 Millionen auf 334 Millionen zugenommen, ein der Jahreszeit entsprechendes Ergebnis, das dem regelmäßigen Ansteigen der Augustausfuhr auch in den Vorjahren entspricht. Gegenüber dem August des Vorjahres, in dem die Ausfuhr 413 Millionen betrug, ist sie dieses Jahr um 79 Millionen oder rund 20 Prozent zurückgeblieben. Während das Vorjahr ein Aktivum von 66 Millionen aufwies, ist dies Jahr ein Passivum von 9 Millionen zu verzeichnen. Charakteristischerweise betrifft der Einfuhrückgang aber hauptsächlich — mit 18 Millionen — die Lebensmitteleinfuhr, was im wesentlichen nur

eine Saisonercheinung darstellt, während die Einfuhr von Rohstoffen nur eine Verminderung von 2 Prozent aufweist, wenn auch bei einzelnen Rohstoffen, wie Wolle, Baumwolle, Mineralölen, Kautschuk, die Verminderung stärker ins Gewicht fällt.

Der geringe Rückgang — trotz der bisherigen Einfuhrverbote und der Verknappung der Devisenzuteilung war die Rohstoffzufuhr bisher größer als im Vorjahr — erklärt sich daraus, daß diejenigen Importeure, deren Devisenanforderungen nicht befriedigt wurden, ihre Einfuhr aus den Ländern, mit denen Markverrechnungsabkommen bestanden, deckten, indem sie die Beträge in Mark auf das Konto der ausländischen Notenbanken bei der Reichsbank einzahlten. Die Einzahlungen auf diese Konten steigerten sich von 68 Millionen RM. im März auf 130 im Juli, was mehr als einem Drittel der gesamten Julieinfuhr entspricht. Dazu kommen aber noch Importe, die beim Verfall überhaupt nicht bezahlt wurden. So schätzt man die Beträge, die an England für Wolle, Baumwolle, Garne und Kohle geschuldet werden, auf über 1 Million Pfund.

Jetzt sind diese Wege verschlossen — Schacht muß auf sie verzichten, weil sich die Ausländer die ihnen aufkrotyierten Zwangsanzleihen nicht mehr gefallen lassen — die englischen Spinner haben z. B. alle Garnlieferungen eingestellt — und bare Zahlung und sicheren Eingang am Fälligkeitstag verlangen. Schacht kann künftig also wirklich nur so viel Einfuhr zulassen, als er aus dem Export bezahlen kann. Aber die Kontrolle gestattet ihm, die Einfuhr zu manipulieren. Er wird die Einfuhr „minder wichtigen Bedarfs“ einschränken und die „lebenswichtigen“ voll hereinlassen. Das „Lebenswichtige“ für die Diktatur ist aber

die Einfuhr der Kriegsrohstoffe.

Es wäre eine Illusion, zu meinen, daß die beschränkt werden wird. Die Kriegsrüstungen werden ihren Fortgang nehmen nur noch mehr auf Kosten der Lebenshaltung der Massen als bisher. Aber aus ökonomischen Gründen wird, wenn es nach dem Willen der Diktatur geht, keine Einschränkung, ja nicht einmal eine Verlangsamung der Rüstungen stattfinden.

Eine zweite Art der Manipulierung der Einfuhr ist dadurch gegeben, daß jetzt willkürlich bestimmt werden kann, aus welchen Ländern die Einfuhr erfolgen soll. Aus politischen Gründen ist bei dem staatlichen Einfuhrmonopol eine bessere oder schlechtere Behandlung der verschiedenen Länder ohne weiteres möglich. Dafür ist das russische Beispiel ein schlagender Beweis. Betrug doch die deutsche Ausfuhr nach Rußland im ersten Halbjahr 1933 noch 173,5 Millionen Reichsmark, im ersten Halbjahr 1934 nur noch 36 Millionen!

Der oberste Grundsatz aller Handelsverträge, keine willkürliche Differenzierung vorzunehmen, verliert seine Geltung. Das ist es auch, was den Widerstand des Auslandes hervorruft, und schon ist eine englische Verhandlungsdelegation in Berlin erschienen, um nicht nur die Bezahlung der alten Warenschulden durchzusetzen, sondern auch um sich gegen jede Umgehung der handelsvertraglichen Bestimmungen zu sichern, während aus dem übrigen Auslande drohende Stimmen Vergeltungsmaßnahmen gegen jede Benachteiligung ankündigen.

Schachts „Neuer Plan“ enthält natürlich auch seinen alten Bluff der Autarkie und Ersatzproduktion. Große Dinge werden angekündigt.

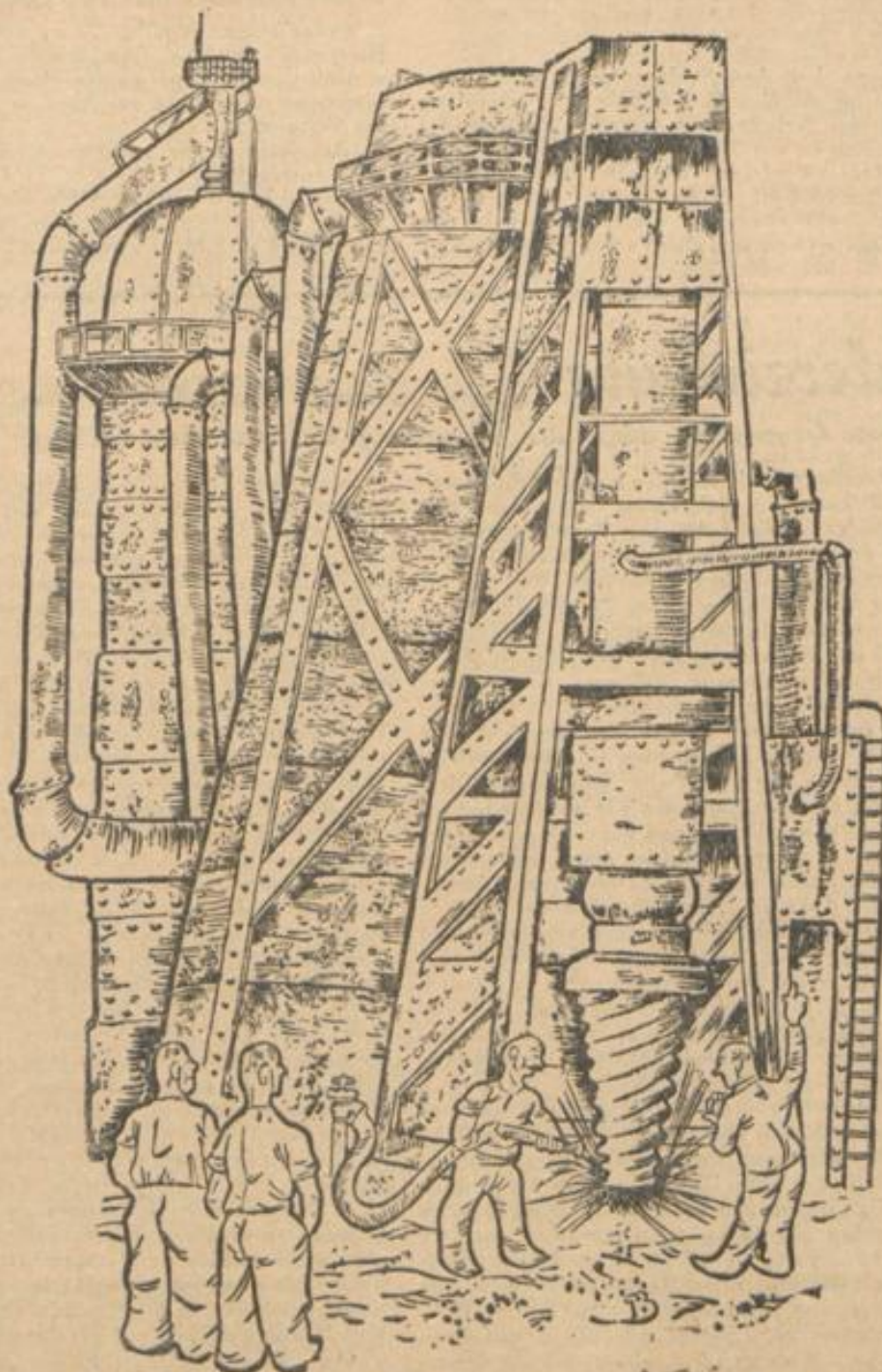
Die Autarkiegewinnler wittern Morgenluft

und entwickeln großen Appetit. In den Besprechungen der Industrie mit den Behörden erörtert man die Investitionen in Höhe von einer halben Milliarde Mark. Vor allem sollen Ersatzstoffe in der Textilindustrie, synthetisches Benzin und synthetischer Gummi hergestellt werden. Die Industriellen sind bereit, nur haben sie noch einiges Mißtrauen in den „Neuen Plan“. Und so verlangen sie vom Reich nichts weniger als bindende Zusagen für die Verzinsung der investierten Kapitalien und die Uebernahme einer Ausfallgarantie. Sie sind nicht bescheiden, aber man kann das begreifen. Schlechte Geschäfte sind nicht ihre Sache und sie wissen, daß diese Ersatzstoffe nur zu stark erhöhten Kosten und Preisen herstellbar sind; daß man im Inland vielleicht durch Beimischungs- und Verbrauchszwang den Absatz durchsetzen, aber Waren aus minderwertigem oder teurerem Material nicht im Ausland exportieren kann. Gewiß sind sie bereit, sich aus Gemeinnutz an dem Plan zu beteiligen, sobald sie aus Eigennutz ihre Profite gesichert haben.

Sie werden eine Enttäuschung erleben. Nicht von Hitler und Schacht, die die halbe Milliarde und mehr den schon verpulverten Milliarden nachwerfen werden, um die Diktatur zu erhalten und die fieberhaft betriebene Aufrüstung nicht zu unterbrechen. Aber Rohstoffdrosselung und Ersatzproduktion bedeuten neue Steigerung des deutschen Preisniveaus und dies bedeutet neue Verminderung der deutschen Exportfähigkeit. Geringerer Export ist verminderte Deviseneinnahme, die weitere Einfuhrdrosselung erfordert, und lange bevor die Investitionen ausgeführt sind, werden die Wirkungen des „Neuen Planes“ den Autarkiegewinnlern das Schicksal der Inflationengewinnler bereitet haben. . . . Heil Schacht!

Dr. Richard Kern.

Rohstoff-Gewinnung



Wonach bohren die hier? — Hier soll vor hundert Jahren ein eiserner Löffel vergraben worden sein!

„Hier wird nichts richtig gestellt!“

Lügen haben Klumpfüße

(Zeitungsmeldung.) Ueber „Propaganda und Aufklärung als Voraussetzung praktischer Arbeit auf zahlreichem Gebiete“ sprach heute Minister Goebbels auf dem nationalsozialistischen Reichsparteitag. Er beschäftigte sich dabei sehr ausführlich mit dem Wesen und den Aufgaben der modernen Propaganda und erklärte, eine gute Propaganda brauche die Wahrheit nicht zu scheuen, es handle sich nur darum, dem Volke die Wahrheit verständlich zu machen. Deutschland habe es in der Kunst der Massenbeherrschung sehr weit gebracht, der gegenüber ähnliche Versuche in anderen Ländern stümperhaft wirken.

Leider ist das tägliche Leben so heimtückisch, daß es zu den Propagandalügen immer sofort auch das widerlegende Exempel liefert. Da erscheinen zum Beispiel in den deutschen Zeitungen immer wieder die schönsten Berichte darüber, daß bald dieses, bald jenes Gebiet, bald diese, bald jene Berufsgruppe von der Arbeitslosigkeit völlig befreit sei. Und es gibt sogar Leute, die es glauben — bis sie ihre eigenen Erfahrungen machen.

Aus der Fülle dieser Erfahrungen seien hier zwei Beispiele mitgeteilt, die den Wissenden in Deutschland viel zu lachen geben. Beide haben sich in allerletzter Zeit abgespielt, und beide ließen sich durch die Namen der Städte und der beteiligten Personen belegen, was natürlich aus begrifflichen Gründen unterbleiben muß.

In einer süddeutschen Stadt lebt ein Zahnarzt. Seine früher sehr gute Praxis ernährt jetzt nur noch gerade ihn und seine Familie mit knapper Not. Er hat nämlich eine Jüdin zur Frau, und wegen dieses Vergehens gegen die Rasse boykottiert ihn das hitlergläubige Publikum.

Eines Tages spricht bei ihm ein junger Zahntechniker um Beschäftigung vor. Der Zahnarzt bedauert. Und da er den noch durch keinen süddeutschen Umgang getrübbten Berliner Dialekt des Besuchers vernimmt, fragt er den jungen Mann, wieso er gerade hier in der kleinen süddeutschen Stadt Arbeit suche und warum er gerade zu ihm komme. Der junge Mann erzählt ihm, daß er schon lange Zeit ohne Arbeit sei, und da er in den Berliner Zeitungen gelesen habe, daß es in Deutschland keinen beschäftigungslosen Zahntechniker mehr gebe, habe er sich auf die Wanderschaft gemacht. Zeit habe er ja genügend. Und nun wandre er schon acht Tage lang in Süddeutschland von Stadt zu Stadt, von Zahnpraxis zu Zahnpraxis — freilich bisher ohne Erfolg. Er wundere sich...

Der Zahnarzt indessen wundert sich gar nicht. Er lacht vielmehr sehr herzlich, geht zum Schreibtisch, raschelt mit Papieren und hält dann immer noch lachend dem Besucher eine süddeutsche Zeitung unter die Augen. Und stauend liest da der junge Mann, daß es in ganz Groß-Berlin nicht einen einzigen beschäftigungslosen Zahntechniker mehr gebe.

Und nun lachen beide. Der junge Mann freilich weniger herzlich...

In einer anderen deutschen Stadt erscheint eines Tages aufgeregt und zornig ein Mann bei der für seinen Beruf zuständigen Stelle des Arbeitsamtes. Empört fragt er den überraschten Beamten, was das für eine Wirtschaft sei! Warum er hier dauernd belogen werde! Das heiße ja Schindluder mit Menschen treiben!

Verdutzt fragt der Beamte, was denn eigentlich los sei. „Was los ist? Bitte — seit drei Jahren bin ich erwerbslos.“

Seit drei Jahren laufe ich hieher! Und immer wieder werde ich mit Redensarten abgespeist...“ Der Beamte verhält sich: „Na, hören Sie mal — von wegen Redensarten!“

„Jawohl, bitte — hier!“ Der Mann reißt eine Zeitung aus der Tasche und klopft mit dem Finger auf eine Notiz im Wirtschaftsteil. Der Beamte nimmt das Blatt und liest, daß das Arbeitsamt dieser Stadt keine Maschinenkonstruktoren mehr vermitteln könne, da alle verfügbaren Kräfte vergeben seien.

„Nun — und warum vermitteln Sie mich nicht? Sie belügen mich wohl? Was ist denn das für ein Schwindel?“

Jetzt wird auch der Beamte ärgerlich. „Erlauben Sie mal!“ ruft er, „überlegen Sie sich gefälligst, was Sie sagen. Hier wird nicht geschwindelt! Wir können nichts dafür, wenn die Zeitungen schwindeln. Beschweren Sie sich dort!“

„Was denn?“ fragt der Mann betroffen. „Haben Sie wirklich keine Arbeit für mich?“

„Für Sie! Für Sie!“ Der Beamte greift in eine Kartothek und wirft ein Päckchen Karten gefächert auf den Tisch. „Da — Maschinenkonstruktoren! Sie sind nicht der einzige! Ich habe nichts — für Sie nicht und für die andern auch nicht. Wenn Sie schimpfen wollen — gehen Sie hin zu der Zeitung und schimpfen Sie dort. Hier ist nichts zu machen.“

Am nächsten Tage steht der Mann wirklich in der Redaktion der Zeitung. Er wird zum Wirtschaftsredakteur Dr. Sundso geführt, dem er glatt auf den Kopf ansagt, daß er gefälligst nicht solche Schwindelartikel in die Zeitung setzen möge. Der Wirtschaftsredakteur hört sich die Beschwerde des aufgeregten Mannes an — erst mal ausreden lassen, denkt er. Dann überliest er die Notiz seiner eigenen Zeitung noch einmal und sagt schließlich: „Ja, mein lieber Mann, was kann ich da machen? Eine Berichtigung — sagen Sie, ja, in normalen Zeiten wäre das eine Kleinigkeit. In normalen Zeiten wäre die Notiz überhaupt nicht erschienen, wenn nicht stimmt, denn da kamen Mitteilungen über den örtlichen Arbeitsmarkt vom Arbeitsamt — aber wir haben eben keine normalen Zeiten! Das ist der Witz! Jetzt bekommen wir solche Notizen von der Propagandastelle. Als Auflagennotiz. Verstehen Sie — die müssen wir aufnehmen! Da werden wir gar nicht gefragt. Obs stimmt, was da drin steht, kann ich nicht nachprüfen. Und berichtigen kann ich da auch nichts. Verstehen Sie mich?“

Der Mann verstand. Sie unterbielten sich noch hin und her, und schließlich sagt der Redakteur: „Aber wissen Sie — gehen Sie doch mal hin zur Propagandastelle und klären Sie dort den Irrtum auf. Und da Sie nun schon mal Zeit zu haben scheinen — es würde mich interessieren, was Sie dort ausgerichtet haben. Vielleicht sind Sie so freundlich und geben mir Bescheid.“

Der Mann versprach es.

Wieder einen Tag später, spricht er bei der Propagandastelle vor. „Wo wollen Sie hin?“ herrscht ihn ein baumlanges SS-Mann an. „Es hat da eine falsche Notiz in der Zeitung gestanden. Die wollte ich richtigstellen...“

Weiter kommt er nicht. „Was wollen Sie! Richtigstellen? Hier wird nichts richtiggestellt! Verstanden!“

Auch diesmal verstand der Mann sofort. Auf nähere Erklärungen verzichtete er. Aber er ging in die Redaktion der Zeitung.

„Ach, da sind Sie ja schon wieder. Nun, was haben Sie denn ausgerichtet?“

„Gar nichts. Rausgeflogen bin ich.“

„Na, sehen Sie! Das wollte ich bloß wissen. So geht es Ihnen. Und so geht es andern auch!“ Manfred.

Schmerz und Hoffnung

Wo ist die Zeit, da wir zum Meere schritten,
Den Wind im Haar, die Augen voller Glanz?
Wir haben nicht die Kraft mehr, sie zu bitten:
In unsren Händen gilbt ein welker Kranz.

Und dennoch ist die Jugend nicht zu Ende
Nur müde sind wir von der fremden Glut
Und warten auf die nahe Schicksalswende.
Ersehnt, gehaut, singt sie in unsrem Blut.

Wir warten auf den Tag, da unser Zeichen
Wie ein Fanal am Himmel sichtbar wird.
Dann wird die Qual aus unsren Stunden weichen.

Die giftig uns wie Ungetier umschwirrt;
Dann wird auch wieder, lauter und entwirrt
Der Mutterruf der Heimat uns erreichen!

Hogatio

Auch das noch!

Verfasser des Andreas-Hofer-Liedes — ein Jude

Anläßlich der 25-Jahrfeier der Tiroler Freiheitskämpfe schreibt ein Leser der „Gerechtigkeit“ dem Blatte: Erinnerung an 1809 wurde vor einigen Tagen zum millionsten Male in Innsbruck das Andreas-Hofer-Lied, das ergreifendste, das wir haben, gesungen. Julius Mosen ist der Verfasser. Wer war Julius Mosen? In Dr. Adolf Kohuts Werk: „Berühmte israelitische Männer und Frauen“ heißt es auf Seite 51 des zweiten Bandes: Vielgefeiert und bewundert als Dramatiker, Epiker und Lyriker wurde einst Julius Mosen, eigentlich Moses, geboren am 8. Juli 1803 zu Marieney im sächsischen Vogtland und gestorben in Oldenburg. Einige seiner Lieder, wie z. B. „Andreas Hofer“ („Zu Mantua in Banden“ usw.), „Die letzten Zehn vom 4. Regiment“ („Zu Warschau schwuren tausend auf den Knien“), wurden Volkslieder in des Wortes wahrster Bedeutung. Dasselbe gilt auch von der „Völkerschlacht bei Leipzig“ („Es wollten viel treue Gesellen sich kaufen ein Vaterland“), einem Liede, das seinerzeit von aller Welt gesungen wurde, ebenso auch vom „Trompeter an der Kalybach“.

Die Wiener Schriftstellerin Klothilde Benedikt schreibt: „Nicht nur die Ibsenschlacht, auch das ganze Leben Andreas Hofers wurde in der letzten Woche in Oesterreich besprochen und beschrieben. In der heutigen kritischen Zeit sollte das Judentum sich nicht den Ruhm nehmen lassen, daß es Andreas Hofer den Verteidiger bei seinem Todeswege gestellt hat. Wenn heute das Wiener Barreau erst ermutigt werden mußte, politischen Gefangenen ex-offo-Verteidiger zu stellen, so kann man den Mut des jüdischen Advokaten Basewi ermaßen, der den von einem Napoleon im Vorhinein zum Tode verurteilten Andreas Hofer verteidigte. Kein anderer Advokat in Mantua stellte sich in die Bresche. Obwohl der so fromm katholische Andreas Hofer sicher einen Glaubensgenossen vorgezogen hätte, war er voll Dankbarkeit und Bewunderung für Basewi, der im übrigen auch jedes Honorarangebot ablehnte.“

Basewi konnte sich nicht entschließen, der Hinrichtung Hofers beizuwohnen. Mantua war ihm verleidet; er übersiedelte nach Mailand, wo er in den Vorstand der Judengemeinde und der Advokatenkammer kam und seine ganze Muße der Abfassung von Büchern und Schriften für die Abschaffung der Todesstrafe weihte.“

„Ich bin vom andern her.“ Erst wenn die Völker ihren eigenen nationalpolitischen Mächten zum Durchbruch verhelfen, sagte er, kann die Erziehung zur Menschheit erfolgen. Ganz ähnlich, schloß Kade: „Wer in Treue und Liebe zu seinem Volke steht, der dient ohne Haß und in Liebe der ganzen Menschheit.“ Im übrigen verwechselt er „vaterländisch“ und „politisch“. Sein Loblied auf den politischen Menschen (der eine Abstraktion ist) liegt ganz und gar nicht in der Linie des deutschen Menschen, der niemals ein politischer Mensch gewesen ist. Beweis ist Richard Wagner, der aus eigenen politischen Erfahrungen an sich und seinem Charakter zu der Erkenntnis kam: „Der politische Mann ist widerlich, die politische Frau aber ist geradezu grauenhaft.“

So kam aus den Verhandlungen nichts Neues, nichts Branchbares heraus. Der Nutzen dieses Kongresses ist ganz und gar im Praktischen, in der internationalen Fühlungnahme gelegen, wie wir ja Paralleleinrichtungen z. B. im Rudolf-Eucken-Haus in Jena (internationaler Gelehrtenaustausch) und in dem Akademischen Austauschdienst haben. Hier konnte Dr. Wilhelm (Berlin) erfreuliche Mitteilungen über den deutschen Schülerbriefwechsel mit dem Ausland machen, und in einer der veranstalteten Ausstellungen konnte man den regen Einzel- und Gruppen-Briefwechsel zwischen Schülern aller Kulturländer mit statistischer Genauigkeit verfolgen.

Unterdessen rasselte die polnische Artillerie durch Krakau und brachte den Gedanken in Erinnerung: noch sind Geist und Zucht getrennt. Gelingt es, die beiden zu vereinen, so ist das die beste Moralerziehung, die sich die kranke Menschheit wünschen kann.

Paul Feldkeller in der Basler „National-Ztg.“

Seltsames Preisausschreiben

Ein Preisausschreiben unter den Buchbindern wurde vom Bund deutscher Buchbinder-Innungen veranstaltet. Gegenstand war ein würdiger und wohlfeiler Handeinband für Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“. Zum ersten Male waren bei diesem Wettbewerb Meister, Lehrlinge und Gesellen gemeinsam zugelassen. Es gingen etwa hundert Arbeiten ein, die im Lesesaal der Staatlichen Kunstbibliothek in Berlin ausgestellt waren und jetzt als Wanderausstellung in anderen Städten gezeigt werden.

Moralerziehung Der internationale Kongreß in Krakau Unüberbrückbare Gegensätze durch die „Wandlung des deutschen Geichts“

In der alten Jagellonenstadt Krakau tagten die Moralphilosophen und Erziehungsphilosophen unter dem Protektorat des Präsidenten der polnischen Republik und berieten, wie dem durch Arbeitslosigkeit, Gewalttat, Kriegsgelahr dokumentierten moralischen Chaos der Welt zu begegnen sei. Hier bietet sich eine schöne Theorie an. Diese alle vier Jahre wiederkehrenden Kongresse datieren ja bereits von 1908 an, als der englische Philanthropist F. T. Gould im Bunde mit englischen Pädagogen diese moralphilosophische Internationale zusammenrief.

Seine Theorie nun ist diese: Es gibt überhaupt nur ein Kind in der Welt (erst die Erwachsenen sind verschieden), daher aber auch nur eine universelle Moral, die in dem einen Kinde verborgen liegt und die wir wiedergewinnen können, wenn wir die angeborene und natürliche Moral des Kindes entwickeln und pflegen. Die Idee dieser universellen Moral nun ist die Zentralidee dieser Kongresse. Nichtsdestoweniger eine falsche Idee, insofern auch das Kind in den verschiedenen Völkern angehörende Verschiedenheit zeigt. Die Absolutheit der Moral muß anders begründet werden. Sie braucht selbst dort nicht gelegnet zu werden, wo nur die abstrakten Ideale dieselben sind und die Praxis des Handelns ganz verschieden ist. Wenn zwei verschiedene Menschen grundverschieden handeln, so kann das vor Gott „dasselbe“ sein.

Darum glaube ich nicht, daß die Bedeutung des Kongresses in den vorgetragenen Moral- und Erziehungsprinzipien liegt. Hier war nicht nur überhaupt keine Einigkeit zu erblicken, es war mangels ausreichender Diskussion auch keine Möglichkeit einer allgemeinen Meinungsbildung gegeben. Ich will von den großen Gegensätzen zwischen der deutschen Delegation (Prof. Peter Petersen aus Jena, Prof. Franz Kade aus Danzig, Dr. Theod. Wilhelm vom Deutschen Akademischen Austauschdienst in Berlin, Prof. Lipsius aus Leipzig war leider plötzlich gestorben) und dem ganzen übrigen Kongreß absehen; auch die Gegensätze zwischen den andern Moralphilosophen waren unüberbrückbar. Betonen die einen die Wichtigkeit des kollektiven Faktors in der Erziehung (Prihoda), so die andern die freie

Persönlichkeit (Narly, Mirsky, Woytsicki). Gehen die einen psychologisch, ja voluntaristisch vor, so zeigen sich daneben immer noch Vertreter des längst totgesagten Intellektualismus, die uns das Lob der wissenschaftlichen Erziehung und des wissenschaftlichen Geistes singen.

Es fehlte auch nicht an Humanisten alten Schlages, die statt nationaler Bildung einerseits, naturwissenschaftlichen Unterrichts andererseits die Pflege der griechischen und römischen Klassiker befürworteten, die uns näher stünden als unsere wild lebenden leiblichen Vorfahren. Daneben herrschte Uneinigkeit, ob der Fremderziehung (durch die Gesellschaft) oder der Selbsterziehung der Vorzug zu geben sei. Josef Mirsky (Warschau) schlug eine Synthese aus beiden vor, die er „Integralerziehung“ nannte. Er unterstrich die „Selbstverwirklichung der Persönlichkeit“ und das Gebot: „Werde, der du bist“. Alle diese und viele anderen Selbstverständlichkeiten klingen uns heute etwas antiquiert. Es sind analytische Urteile im Sinne Kants (wie auch die meisten der „zehn Gebote“): es kommt auf den jeweiligen Geist an, mit dem sie zu erfüllen sind. Der aber ändert sich von einer Zeit zur andern, von Volk zu Volk. Darum ja allein haben die groben Konkretheiten (Klasse, Rasse, Volk) heute die großen Anhängerschaften, weil der Mensch auf die Dauer von abstrakten Idealen auch geistig nicht satt wird.

Das deutsche Gesicht hat sich gewandelt. Galten die Deutschen (neben den in diesem Punkte gleichen Russen) den leidenschaftlich national empfindenden Polen von je als Menschheitsschwärmer, so hat sich das Bild jetzt gewandelt. Galt bisher, sagte Prof. Peter Petersen (Jena), der deutsche Idealismus als die eigentlich deutsche Leistung, so wird er von der heutigen deutschen Jugend als nicht mehr zuchtformend abgelehnt. Dieser Idealismus im Bunde mit dem Nationalismus hat es verschuldet, daß seit hundert Jahren (in Wirklichkeit viel länger) das deutsche Volk in eine gebildete und eine ungebildete Klasse gespalten wurde. Demgegenüber ist die neue deutsche Erziehung nach der Frage der „Existenz“ ausgerichtet, ist anthropologisch geworden. Interessant war, daß Petersen den Satz des Descartes: „Cogito, ergo sum“ durch den andern ersetzte

Die Rüstungsindustrie auf der Anklagebank

II.

J. H. Nachdem das Senatskomitee in Washington mit Larfe und Spear, den Herren der Electric Boat Company, das südamerikanische Geschäft durchgenommen hatte, wandte es sich dem

europäischen Kontinent

zu. Auch hier arbeitete die Firma mit Provisionen und allerlei Ermunterungen, um Bestellungen anzukurbeln. Die vertrauliche Korrespondenz handelt von den nicht immer erfolgreichen Versuchen, in Spanien, Italien, Rumänien, der Türkei, auf dem Balkan und anderswo ins Geschäft zu kommen. Die Vertreter der Electric Boat — darunter ein imposanter Marquis, der sich nach Carles Beschreibung „wie ein kaiserlicher Prinz bewegte“, und ein holländischer Kapitän in Paris, ein Keel voller Initiative — hatten es mit den verschiedensten Leuten zu tun, die alle anscheinend gleich habgierig und unzuverlässig waren. Die europäischen Konkurrenten benahmten sich — immer nach der Darstellung der amerikanischen Agenten — recht unfein. Senator Bone fand „ihr Verhalten, gemessen an der amerikanischen Geschäftsmoral, reichlich brutal“. Wie dem sei, die Electric Boat benahm sich wahrhaftig auch nicht fein, und was ihren Patriotismus betrifft, so erschien er in einem höchst fatalen Licht, als Senator Clark ein Geschäft aus dem Jahre 1918 ausgrub. Damals bestellte die italienische Regierung vier Tauchbootjäger. Nun hatte das amerikanische Staatsdepartement verfügt, daß der Bau solcher Fahrzeuge durch amerikanische Firmen für Rechnung kriegsführender Regierungen gegen die amerikanische Neutralität verstoße. Um diese Bestimmung zu umgehen, unterzeichnete der Pariser Vertreter der Electric Boat den Kontrakt — im eigenen Namen und nicht als Beauftragter seiner Firma. Die Enthüllung war den Herren Carse und Spear sehr peinlich.

„Unterrichteten Sie die amerikanische Regierung von dieser Transaktion?“ fragte Senator Pope.

„Nein,“ erwiderte Carse, „aber ich glaube, die Tauchbootjäger wurden erst verschifft, als die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten waren.“

Sieben Jahre später spielte das Staatsdepartement nicht mehr eine hindernde, sondern eine fördernde Rolle beim italienischen Geschäft. Carse teilte 1923 dem Staatssekretär brieflich mit, daß die Electric Boat durch ihren Konzessionsinhaber, einen Konzern in Spezia, sich um Tauchbootaufträge bewerbe, und bat um amtliche Unterstützung. Ein Vertreter des Staatssekretärs antwortete darauf, der amerikanische Botschafter sei angewiesen worden, Unterstützung in dem Rahmen zu gewähren, als sich „mit dem Interesse vereinbaren läßt, das die Regierung der Vereinigten Staaten an der Abrüstung nimmt.“

Bekannte Admirale liebten der Gesellschaft ihre Hilfe. Im Jahre 1928 erhielt der türkische Botschafter in Washington von Kemal Pascha den Auftrag, den Kauf von Waffen und Munition in die Wege zu leiten. In geheimen Konferenzen verammelten sich der Washingtoner Vertreter der Electric Boat, der Botschafter und andere türkische Beamte, und als Berater erschienen Hilarly Jones und H. C. Long, Admirale der amerikanischen Flotte. Aus dem Geschäft wurde aber nichts.

Diese Episode deutet darauf hin, daß die Electric Boat Company nicht nur mit Tauchbooten zu handeln bereit ist. Tatsächlich finden wir ein Schreiben Mr. Spears aus dem Jahre 1934 an den Pariser Vertreter der Firma wegen der Errichtung einer Agentur für Davis-Luftabwehrgeschütze. Der Vertreter konnte sich nicht persönlich damit befassen, weil er, wie er in seiner Antwort mitteilte, bereits Vertreter der

Bergmann-AG., Berlin,

war, die derartige Waffen fabrizieren konnte und tatsächlich — Versailles Vertrag hin oder her — Tauchbootgeschütze für die Reichsregierung herausbrachte. Im Jahre 1929 hatte er an Carse einen empörten Brief geschrieben, worin er sagte, daß seine holländischen Landsleute den Deutschen bei der Umgehung ihrer Vertragsverpflichtungen behilflich seien, daß eine Reihe von Rüstungsfirmen in Holland deutsche Unternehmen seien, und daß die ganze Sache eine „kolossale Tarnung“ sei. Dieser Vertreter war leinerseits jedoch nicht ganz abgeneigt, sich der Tarnung zu bedienen. In einem andern Brief berichtet er von der Tätigkeit des Flottenvereins in Holland, den er — wie er stolz bemerkt — im Jahre 1920 gegründet hatte, und dessen Ehrenmitglied er sei. Der Verein sollte unter seinem Einfluß und angeregt von einem von ihm zu stiftenden Preis für den besten Aufsatz über Unterseeboote eine Kampagne für den Bau von Tauchbooten zum Schutz der holländischen Besitzungen im Fernen Osten unternehmen. „Auf diese Weise wollte er wohl Aufträge für die von ihm vertretene Firma zusammentrommeln?“ kommentierte Senator Clark. — „Ja,“ sagte Spear lächelnd.

Der Vorsitzende, Senator Ane, warf eine bedeutsame Frage auf. Er wollte von Spear wissen, wann die offensiven Eigenschaften des Tauchbootes die defensiven zu überwiegen begannen. Die Antwort lautete, diese Veränderung sei wahrscheinlich in dem Stadium der technischen Entwicklung eingetreten, als das Tauchboot instandgesetzt wurde, wochenlang in See zu bleiben, ohne zu seiner Basis zurückzukehren. „Also ist man,“ fuhr Senator Ane fort, „berechtigt zu sagen, daß

Deutschland den U-Bootkrieg nicht hätte unternehmen können,

wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich in den Besitz aller amerikanischen Tauchbootpatente gesetzt hätte?“ Spear verneinte das, aber Senator Ane hatte bereits angedeutet, daß Vorschläge zu einer gesetzlichen Regelung in dieser Richtung zu erwarten seien.

Der nächste Zeuge war Mr. Louis L. Driggs, Präsident einer großen Kanonenfabrik, der

Driggs Ordnance and Engineering Company, Newyork.

Er protestierte erfolglos gegen die Vorlesung von Korrespondenz aus dem Jahre 1932, eines Briefwechsels zwischen Kommander-Leutnant James Strong und dem kolumbianischen Generalkonsul in Newyork. Strong war damals aktiver Seeoffizier, hatte aber vom amerikanischen Marineministerium die Erlaubnis erhalten, sich in den Vereinigten Staaten als technischer Berater für Kolumbien zu betätigen. Die Vertreter dieser südamerikanischen Republik wurden mit Offerten von Rüstungsfirmen überflutet, deren Verantwortungsgefühl ebenso zweifelhaft war wie die Qualität ihres Materials. Jene Schreiben Strongs waren in der Form von Berichten gehalten, und Driggs gab zu, daß sie in seinem Büro abgefaßt worden waren. Sie handelten über die Verteidigung von Buenaventura, Tumaco, Cartago, Puerto, Colombia und Barranquilla und empfahlen dringend den Ankauf von Kriegsmaterial, wie es die Firma Driggs liefern konnte. Um seine Argumente zu verstärken, führte Kommander-Leutnant Strong aus:

Peru hat für seine Landesverteidigung Kreuzer, einen Zerstörer, Tauchboote und eine beträchtliche Luftflotte, die alle einzeln oder in gemeinsamer Aktion zu Angriffen auf die Westküste Kolumbiens, dessen nahegelegene Zentren und Verkehrs- und Transportsystem verwendet werden könnten.

Mr. Driggs nahm an, daß Kommander-Leutnant Strong für diese Gutachten von Kolumbien honoriert wurde, bestritt jedoch irgendwelche Zahlungen durch seine Firma. Kommander-Leutnant Strong schied, wie es scheint, 1934 aus der amerikanischen Flotte aus und wurde Kommandant der kolumbianischen Luftstreitkräfte. Er war es, der — so führte der Zeuge aus — in diesem Jahr amerikanische Flieger zum Dienst unter ihm anwarb, so daß das Staatsdepartement öffentlich davor warnte.

„Sie fanden nichts dabei, einen Offizier der amerikanischen Marine als Verkaufsagent zu benützen?“ fragte Senator Vandenberg. Er erhielt keine Antwort.

Bei Kolumbien ging es mit einem Offizier, bei der Türkei diente ein ganzer Kreuzer als „Verkaufsagent“. Vertreter von Mr. Driggs in der Türkei ist ein ehemaliger Journalist, Herbert Allen, dessen ausführliche und romantische Briefe dem Senatskomitee zum besten gegeben wurden. Driggs und Allen wandten sich an die amerikanische Botschaft und an das Marineministerium um Unterstützung. Der Kreuzer „Detroit“, der mit Driggs-Geschützen bestückt war, sollte sozusagen das Schaufenster abgeben und wäre auch 1929 nach Konstantinopel gegangen, wenn der Befehl rechtzeitig erteilt worden wäre. Schließlich wurde der

Kreuzer „Raleigh“

geschickt, und im Logbuch ist denn auch ordentlich verzeichnet, wie eine türkische Mission an Bord kam, um die Driggs-Geschütze zu besichtigen. Diese Vergünstigung von Seiten des amerikanischen Marineministeriums sollte, so sagte Driggs zu Allen, der türkischen Regierung im strengsten Vertrauen mitgeteilt werden, denn

wir müssen adt geben, daß unsere Konkurrenz das nicht aufreißt, um die Haltung der amerikanischen Regierung zur Abrüstungsfrage zu ermitteln. Der türkischen Regierung muß fernher gesagt werden, daß wir die allermodernsten und besten Muster in Luftabwehrgeräten offerieren, für deren Entwürfe die Regierung der Vereinigten Staaten über zwei Millionen Dollar ausgegeben hat.

Man erinnert sich an die aufsehenerregende Rolle, die an der Genfer Seeabrüstungskonferenz von 1928 der Rüstungsagent

William Baldwin Shearer

spielte. Der Name dieses Herrn tauchte in den Verhandlungen des Senatskomitees wieder auf. Er schrieb 1931 an Driggs wegen der Preise für Gewehre, Maschinengewehre und den Sprengstoff T. N. T. (Trinitrotoluol) für China und wurde anscheinend an eine Londoner Firma verwiesen, die Soley Armament Company, die Driggs als „Verwertungsagentur für britische Restbestände“ bezeichnete. Wie groß dieser Restbestand war, erhellt aus einer Mitteilung dieser Gesellschaft an Mr. Driggs im Jahre 1929. Da wurden angeboten 100 000 oder mehr Lee-Enfield-Gewehre, 3000 Lewis-Maschinengewehre und 25 Millionen Schuß Munition. Aber selbst diese Gesellschaft hat nach der Meinung von Mr. Driggs geringere Vorräte als eine

jüdische Firma in Hamburg,

die ihr „minderwertiges Zeug“ in Südamerika und China vertrieb. Zu einer bestimmten Zeit nach dem Kriege war nach der Schätzung von Driggs Deutschland der größte Lieferant dieser Art. Er wollte nicht sagen, daß dies auch für heute zutrefte, und äußerte sich nicht zu einer Bemerkung des Senators Pope, der es anormal fand, daß ein Land, dessen Rüstung vertraglich eingeschränkt ist, eine solche Waffenhammer darstellt.

Die bereits erwähnte Londoner Soley Armament Company, Lieferantin des Kriegsdepartements und des Luftministeriums, hat eine Vertretung in Amerika, die erst vor einigen Monaten gegründet

American Armament Corporation,

an deren Spitze Mr. Alfredo Miranda steht, ein Mexikaner, der sich in den Vereinigten Staaten naturalisieren ließ. Von diesem Herrn ging eine Beziehung zu Kommander Strong, dem amerikanischen Marineoffizier

in kolumbianischen Diensten: Mirandas Bruder spielte für Strongs Rechnung an der Börse. Der sehr interessante Briefwechsel zwischen Alfredo Miranda und dem Hauptmann John Ball, Generaldirektor der Soley Armament Company, wurde im Senatskomitee vorgelesen. Alfredo Miranda wollte „einer südamerikanischen Regierung Kanonenboote offerieren“ und wandte sich an Soley, erhielt aber im Januar 1934 die Antwort, daß „die britische Admiralität kein Handelshaus ist und keine Warenkataloge mit Beschreibungen dessen hat, was sie uns aus Gefälligkeit verkauft“. Doch schon am 3. Februar wurde Miranda benachrichtigt, daß Soley die einzige Verkaufsstelle für Handfeuerwaffen usw. ist:

Da wir tatsächlich die einzige Verkaufsstelle für Handfeuerwaffen usw. sind, die der britischen Regierung gehören, und da wir in sehr großem Maße von der wechselnden Politik der Regierung abhängen, so ist es für uns ziemlich schwierig, mit andern Nahrungsfirmen teile Kontrakte abzuschließen. Die Vorräte, über die wir verfügen, sind so groß, daß der Verkauf eines erheblichen Teils davon das politische Kräftegleichgewicht der kleineren Staaten ändern könnte, wodurch für die Interessen der Finanz- und Industrie entsprechende Komplikationen entstehen würden. Sie werden gewiß vollat verstehen, daß wir unter diesen Umständen uns einer ziemlich strengen Kontrolle durch die beteiligten Behörden unterziehen müssen, und wir aus politischen Gründen nicht immer den Wünschen von Antäufern entsprechen können.

Es wurde ein „Gentelmanns Agreement“ angedeutet, wonach die amerikanische Gesellschaft Vertreterin für Südamerika würde, jedoch „Waffen für andere Bestimmungsorte, wie für China oder europäische Länder“, nicht offerieren dürfe.

Major Branton, technischer Experte der American Armament Corporation, betonte vor dem Senatskomitee, daß es sich ja nur um Handfeuerwaffen handelte, und daß demzufolge die Möglichkeit einer „Aenderung des politischen Kräftegleichgewichts“ auf sehr kleine Staaten beschränkt bliebe, da heutzutage kein Krieg ohne Artillerie ausgefochten werden könne. Mehr Eindruck als dieses Argument machte jedoch auf die Senatoren ein Brief mit der Liste der gewaltigen Vorräte. Da wurden angefüh-

rund eine Million Gewehre,
20 000 Lewis-Maschinengewehre, mit Ersatzteilen,
8 000 ebensolche Maschinengewehre für Flugzeuge,
6 000 Vickers-Maschinengewehre,
4 000 Webley-Revolver,
5 000 Smith and Wesson-Revolver,
10 000 Colt-Revolver,
120 Millionen Schuß guterhaltener Munition für Gewehre und Maschinengewehre.

Ueber die Geschäftsmethoden wird in einem Brief gelagt:

Wir verheben durchaus, daß Waffengeschäfte in der Regel nicht gerätigt werden, ohne daß man Beante „schmiert“, aber wenn Palmöl nötig ist, so muß es zum Preis zugeschlagen werden, und da unsere Preise mindestens fünfzig Prozent unter den Fabrikpreisen für die gleichen Waffen liegen, so ertragen sie eine Menge „Bett“ und sind immer noch niedriger als die Fabrikantenpreise.

Senator Bone warf hier die Frage ein, ob die britische Regierung Kenntnis von den Verkaufsmethoden habe, die in diesem Briefe angedeutet werden. Miranda versicherte, er wisse das nicht.

Ein Brief vom 24. März dieses Jahres bezog sich auf Bolivien's Mangel an Flugzeugen und Geschützen und erklärte, direkte Verschiffung sei nicht möglich, solange dieses Land Krieg führe. Der gleiche Brief handelte auch von China:

China verbraucht jährlich eine große Menge Handfeuerwaffen und hat große Quantitäten von Gewehren von uns gekauft, hauptsächlich Mannergewehre (über 100 000 im Jahre 1931/32), hat aber in der letzten Zeit nachgelassen, infolge des Verlusts der Mandchurie und der mangelnden Geldflüssigkeit im Süden, d. h. Canton und Kanton. Trotz allen Träumen der Idealisten, die wännen, daß der homo sapiens von Ehre, Gerechtigkeit, Liebe und Selbstopferung frohe, wird Japan noch einen größeren Gassen von China schnappen. Und verhältnismäßig bald. Solange die Gelegenheit günstig ist. Ein solcher Schritt Japans würde die Interessen der Vereinigten Staaten in China ernstlich in Mitleidenschaft ziehen, und wir glauben, daß unter den obigen Umständen die Vereinigten Staaten die Chinesen unterstützen und sie mit Waffen versorgen würden. In diesem Falle könnte mit den großen Vorräten an Gewehren hier etwas getan werden, und wir meinen, es wäre für Sie sehr empfehlenswert, wenn Sie sich an das amerikanische Konsulatsamt und das Kriegsdepartement wenden, ihnen eine Liste der diesigen Vorräte überreichen und ihnen mitteilen würden, daß Sie der einzige Vertreter der Soley Armament Company, Vorräte in den Vereinigten Staaten sind. Die Weltvorräte an Handfeuerwaffen sind in den letzten drei Jahren stark zusammengedrumpft. . . . Wenn ein plötzlicher Notstand eintreten würde, dann gäbe es einen starken Andrang nach sofort lieferbarem Material, und es gibt nicht viele Firmen, die etwa 700 000 Gewehre, etwa 30 000 Maschinengewehre, alle vom selben Kaliber, mit Ersatzteilen und Munition, zu sofortiger Lieferung bereit hätten.

Eine andere Stelle des gleichen Briefes erregte großes Aufsehen. Es wurden japanische Rüstungen erwähnt, und dann kam der Satz: „Wie Sie wissen, sind „Brand“-Kugeln verboten; so sind sie zu „Aufspürern“ geworden — was liegt schon am Namen?“

Miranda sagte aus, die südamerikanischen Staaten würden auf Jahre hinaus gezwungen sein, Waffen im Ausland zu kaufen. Er habe versucht, einen Teil dieses Geschäfts für die Vereinigten Staaten zu sichern, aber das meiste sei andern Ländern zugefallen, deren Regierungen die Rüstungsfirmen sehr unterstützten. Präsident Roosevelts Verbot für die Waffenexporte nach Bolivien und Paraguay, das am 28. Mai 1934 erlassen wurde, habe die American Armament Corporation über eine Million Dollar gekostet, weil bestellte Munition nicht mehr nach

Bolivien verschifft werden konnte. Miranda behauptete, daß versucht wurde, eine Ausnahme zugunsten dieser Verschiffung zu erwirken.

Die American Armament Corporation verkaufte auch Flugzeuge. So ging ein Lockheed-Meroplan neuen Typs nach Japan. Auch nach Südamerika wurden amerikanische Flugzeuge geliefert. Miranda sagte in einem Briefe, der Handelsattaché und der Militärattaché der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro seien „einem Vertreter der American Armament Corporation hundertprozentig nützlich“ gewesen. In einem andern Briefe erklärte Miranda, er kenne die amerikanischen Fliegerinnen Amelia Earhart, Ruth Nichols, Eleanor Smith und andere sehr gut. Sie seien ihm bei seinen Geschäften „sehr nützlich“ gewesen. In den Verhandlungen wurde ein hoher brasilianischer Regierungsbeamter belastet. Er sollte für seine Hilfe bei der Sicherung von Kontrakten für eine amerikanische Munitionsfirma 50 000 Dollar für das Jahr 1933 bekommen.

Japanisch-sowjetrussische Einigung

London, 24. Sept. Wie Reuter aus Tokio meldet, sollen der japanische Außenminister Hirota und der Sowjetbotschafter Jureness zu einer unverbindlichen Einigung gekommen sein, wonach Sowjetrußland 170 Millionen Yen als Preis für die Abtretung der chinesischen Südbahn erhalten soll.

Die obige Mitteilung wird in der ganzen Welt mit Ge-

nugung aufgenommen werden. Wird doch damit, zumindest für die nächste Zeit, ein Brandherd gelöscht, der nicht nur für die russisch-japanischen Beziehungen, sondern auch für den Weltfrieden eine Gefahr bedeutete. Es kann daher begrüßt werden, daß die Sowjetunion sich bereit erklärt hat, unter allen Umständen die Mandschurische Eisenbahn zu verkaufen, da dieses russische Eigentum aus der zaristischen Zeit auf dem Gebiete des heute praktisch sich in japanischen Händen befindlichen Mandschurien ein Anachronismus ist. Die Sowjetunion hat augenblicklich so viel Aufgaben im Innern, im Zusammenhang mit dem Fünfjahresplan zu erfüllen, daß sie auch auf Kosten ihres Ansehens im Fernen Osten zur Nachgiebigkeit gezwungen ist.

Aus der Reuter-Meldung gehen die Einzelheiten der Abmachungen noch nicht ganz klar hervor. Daß der Preis wirklich auf 170 Millionen Yen festgesetzt wurde, scheint uns nicht richtig zu sein, da bei den letzten Verhandlungen die Russen bereit waren, die Bahn für 180 Millionen Yen zu verkaufen.

So begrüßenswert die Einigung über die Mandschurische Eisenbahn auch ist, so muß man sich doch im klaren sein, daß damit zwar die Spannungen in jenem entlegenen Winkel der Welt sich gemildert haben, daß sie aber keineswegs endgültig beseitigt sind. Die russisch-japanischen Gegensätze bleiben bei der Aggressivität des japanischen Imperialismus weiter bestehen. Es wird deshalb auch notwendig sein, die Entwicklung der Dinge im Fernen Osten aufmerksam zu verfolgen, umso mehr, als das „Dritte Reich“ mit Hilfe seines japanischen Bundesgenossen immer noch hofft, eines Tages den Kolonialbesitz des Russen in Bezug auf Sowjetrußland zu verwickeln. Hier wird unsere Aufgabe sein, diesen Plänen nach wie vor mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Furchtbare Schlagwetterexplosion in England

271 Bergleute verbrannt und erstickt

Im mittelenenglischen Kohlengebiet, in der Nähe von Wrexham, hat sich ein furchtbares Bergwerkseingestürz ereignet. Es ist das furchtbarste, das die englischen Bergleute seit Jahren betroffen hat. Nach den jüngsten Meldungen beträgt die Zahl der Toten und Verwundeten, mit deren Ableben zu rechnen ist, 271. Ganz England ist in tiefer Trauer. Vor dem Unglücksort spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Der Schacht brennt weiter...

Wir verzeichnen die folgenden Nachrichten:

London, 23. September.

In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Wrexham im mittelenenglischen Industriegebiet hat sich eine Explosion ereignet. Die Schachtanlagen sind in Brand geraten. Kurz vor der Explosion waren gerade 400 Bergleute eingefahren.

Eine Feuerwand hindert das Eindringen

London, 22. Sept. Im Laufe des Samstagvormittags wurden aus dem brennenden Schacht des Kohlenbergwerks bei Wrexham neun Tote geborgen. Es handelt sich dabei aber um sieben Schläpper, die in der Nähe der Schachtoffnung tot aufgefunden wurden und um zwei Angehörige der Rettungsmannschaft, die bei dem Versuch der Hilfeleistung ums Leben kamen. Von den Bergarbeitern, die im Innern des Bergwerks gearbeitet hatten, konnte noch kein einziger geborgen werden, da eine unüberwindliche Feuerwand das Eindringen der Rettungsmannschaften unmöglich machte.

Rettungsarbeiten die ganze Nacht hindurch

Wrexham, 23. Sept. Die Rettungsmannschaften arbeiteten ununterbrochen die ganze Nacht hindurch, um die 102 Bergleute, die noch in der Unglücksgrube eingeschlossen sind, zu erreichen. Bisher sind keine weiteren Leichen geborgen worden. Das Feuer ist jetzt eingedämmt. Der Chefspektor der Gruben, Sir Henry Walker, ist heute morgen in die Grube eingefahren, um die weitere Untersuchung zu leiten.

Hoffnungslos!

London, 23. Sept. Zu der furchtbaren Bergwerkskatastrophe bei Wrexham werden weitere Einzelheiten bekannt: Danach besteht keine Hoffnung auf Rettung der mehr als hundert abgeschlossenen Bergleute. Alle verfügbaren Polizeibeamten, Ärzte, Krankenschwestern und Apotheker des Bezirks wurden an Ort und Stelle entsandt. Viele Mitglieder der Rettungsmannschaften brauchen trotz ihrer Sauerstoffmasken zusammen und mühten aus dem von Schlagwetter erfüllten Bergwerk an die frische Luft gebracht werden. Sie würden aber in jedem Fall sofort von Freiwilligen ersetzt. Das Bergwerk beschäftigte 1050 Arbeiter unter Tag und 275 über Tag. Es wird behauptet, daß die Rettung des Bergwerks die Frage prägt, ob es notwendig ist, das Bergwerk zu schließen und abzuräumen, um das Erschließen des Berges zu beschleunigen.

Nur zehn Leichen geborgen

Die brennende Grube wird zugemauert

London, 24. Sept. Aus Wrexham wird berichtet, daß nur 10 Leichen geborgen worden sind, darunter die von zwei Mitgliedern der Rettungsabteilungen. In der Nacht zum Montag wurden die überlebenden Grubenposten

an die Oberfläche gebracht. Zur gleichen Zeit war in 800 Meter Tiefe eine Abteilung von Bergleuten damit beschäftigt, den brennenden Teil der Grube durch Querwände aus Ziegelsteinen und Zement luftdicht abzuschließen. Da jetzt endgültig mit einer Verlustliste von 260 Mann gerechnet werden muß, ist die Katastrophe von Wrexham die drittschwerste, die das Land in diesem Jahrhundert betroffen hat. Die Zahl der Opfer war nur in zwei Fällen größer, nämlich im Jahre 1910, wo in Lancashire 344 Bergleute den Tod fanden, und im Jahre 1913, wo in Glamorgan 430 Bergleute starben. Geldsammlungen für die Hinterbliebenen des Wrexhamer Unglücks sind bereits in vollem Gange. Am Sonntag abend waren über 7000 Pfund Sterling gesammelt.

Die Kohlenhalde brennt

34 Arbeitslose schwer verletzt

Katowitz, 23. Sept. Auf der Kohlenhalde des Kawa-Schachtes bei Wuda ereignete sich Samstagvormittag ein entsetzliches Unglück. Die gewöhnlich, war die Kohlenhalde, die noch an verschiedenen Stellen mit glühender Schlacke durchsetzt ist, von zahlreichen Arbeitslosen bevölkert, die dort Kohlen sammelten.

Als von einem Zug neue Kohlenabfälle abgeladen wurden, schlugen plötzlich aus der Halde in großem Umfang Klammen empor. 34 Arbeitslose, die sich in der Nähe des Zuges befanden, wurden von den Klammen erfasst. Unter gellenden Schreien ließen die Unglücklichen als brennende Kugeln aneinander und bemühten sich vergeblich, sich der brennenden Klammen zu entledigen. Einige von ihnen sprangen in einen nahen Grubenteich, wodurch es ihnen gelang, dem Flammentod zu entkommen. Alle 34 erlitten schwere Brandwunden. Neun von ihnen liegen auf den Tod darnieder. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist eingeleitet.

Entsetzliche Szenen

Eine weitere Meldung gibt folgende Schilderung: Die Folgen waren furchtbar. Der heftige Wind trieb eine zehn bis fünfzehn Meter hohe Klammenwand von etwa 20 Meter Länge und 20 Meter Breite über die Halde. Ein Arbeitsloser nach dem andern wurde von den Klammen erfasst. Entsetzliche Szenen spielten sich ab. Die mit Kohlenstaub bedeckten Kleidungsstücke der Arbeitslosen brannten wie Zunder. Laut schreiend ließen die Unglücklichen auf der brennenden Halde umber und versuchten, sich die brennenden Kleider vom Leib zu reißen. Einige der Arbeitslosen entgingen dem sicheren Tod nur dadurch, daß sie in einen in der Nähe liegenden Schlammteich sprangen. Die Rettungsdaktion die von der Grubenwehr sofort eingeleitet wurde, dauerte etwa 40 Minuten. Mit Krathwagen und anderen verfügbaren Fahrzeugen wurden die 34 Verwundeten in die nächsten Krankenhäuser gebracht. Sie verlan-ten, haben 15 Arbeitslose so schwere Brandverletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davontkommen dürften.

Ueber 2000 Tote in Japan

Ungeheure Opfer an Menschen und Material

Die Zahl der Opfer des Tsunamunaklades beträgt bis jetzt 2064 Tote, 13 594 Verwundete, 258 Verschollene.

Osaka, 24. Sept. Der Tsunami, der am Freitag in Zentral-Japan so überaus schwere Verwüstungen angerichtet hat, ist, wie den Berichten der meteorologischen Stationen zu entnehmen ist, bereits am 14. September im südlichen Teil des Pazifischen Ozeans entstanden. Er nahm zunächst seinen Weg in nordwestlicher Richtung, änderte dann seinen Kurs nach Norden ab, berührte die südliche Spitze von Kjusiu in den ersten Morgenstunden des Freitags und brach mit voller Gewalt in das Gebiet von Osaka am selben Tage um 8 Uhr ein. Von dort nahm er seinen Weg über Kioto in die Japanische See. Wie sich jetzt überblicken läßt, ist das Gebiet, das von dem Tsunami in Mitleidenschaft gezogen worden ist, bedeutend größer als man ursprünglich angenommen hatte. Am schlimmsten gelitten haben, wie schon gemeldet, Osaka, Kioto und Kobe. Die Gesamtverlustziffer beläuft sich in Osaka bis jetzt auf 1039, darunter etwa 500 Schulkinder. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa 9000 und die der Vermissten 556. In

Osaka wurden ferner 144 Schulhäuser, 3914 Privathäuser und 5212 Fabriken zerstört. 8129 Privathäuser wurden beschädigt. In Kioto betrug die Ziffer der Toten 207, die der Verwundeten 689, 1675 Häuser, darunter 29 Schulhäuser, wurden vernichtet, 2750 Häuser wurden beschädigt. Die Berichte aus Kobe können noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Immerhin läßt man von über 40 Vermissten, etwa 480 Verwundeten. Die Zahl der Toten steht noch nicht fest. In Kobe wurden 1677 Häuser vernichtet und 9299 beschädigt. 847 Häuser wurden weggeschwemmt und 1234 wurden unter Wasser gelassen. Wie die Präfektur von Kofuji mitteilt, sind 2350 Fischerboote gekentert.

Fährbootsunglück

In der Nähe von Manuro in der Präfektur Nambu kenterte ein Fährboot. 200 Personen werden vermisst. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind.

BRIEFKASTEN

E. B. Paris. Zwei Aufsätze zu diesem Thema haben noch in Zeit. Weitere Aufsätze wollen wir nicht mehr bringen. Vielen Dank für Ihre Mähe.

London. Wir geben von Ihrer Mitteilung Kenntnis: Der „Deutsche“ bringt ein Bild von der letzten Reichstagsdemonstration der Arbeiter im Ende-Part, das er mit der Unterschrift versehen hat: „Die Vollzister beim Zurückdrängen der begehrten Menschenmenge!“ Das ist natürlich eine Fälschung von letzter Reichstagsfeier, in Wahrheit handelt es sich um die Hunderttausende von Frauen der Schwarzen, die von Polizei zurückgehalten wurden, um ihrer „Begehrung“ nicht all zu häßlich Ausdruck zu verleihen.

„Koblenz.“ Wir geben von Ihrer Mitteilung Kenntnis: „Auf dem mittelländischen Bergschloß Koblenz wurde am Sonntag in Gegenwart der offiziellen Landesvertreter ein „Geisteskrankenhaus“ eingeweiht. In die letzte letzte Rische wurde eine Bütte des nunmehr offiziellen Geisteskrankenhaus Hütter aufgestellt.“ — Das ist ja die reine Selbstergebeiter. Es fehlt nur noch, daß Hütter den Hütterhüter als weise Dame und Görings Hofdame als Burgfräulein auftritt.

„An mehrere.“ Ihr fragt uns, ob ein Vorkauf in der Saarbrücker „Deutschen Front“ wirklich von einem „früheren sozialdemokratischen Oberdeputierten H. Seubert“ kamme. Das wird schon so sein. Ein Vorkauf dieses Namens gibt es. Er war in den ersten Nachkriegsjahren deutschnational. Dann zog er aus irgendwelchen Gründen aus der deutschnationalen Front hinaus. Nun bekümmerte er sozialdemokratische Parlamentarier mit Klagebriefen, er sei wegen seiner republikanischen und sozialdemokratischen Überzeugung gemohregelt worden. Dieses Jammern und diese Bittetel dauerte jahrelang an. Allen sozialdemokratischen Zeitungen bot er sich immer wieder als Mitarbeiter an. Allmählich nahmen ihm einige mitleidige Seelen für gutes Geld schlechte Artikel ab. Endlich gelang es ihm tatsächlich Redakteur in einem kleineren sozialdemokratischen Parteiblatt zu werden. Es war die Zeit der beginnenden Krise, und die Gehälter sanken. Da machte Herr Seubert die ganze Sozialdemokratie seinen Spott mehr und er beklagte sich, wie schlecht er bezahlt werde. An die Arbeiter und die hungernden Erwerbslosen dachte er nicht. Nun sehen wir, daß er seine Artikel an die Nazipresse verkauft. Herr Seubert ist nicht geworden, aber die Honorare sind höher als einst in der Sozialdemokratie.

„Münche.“ Für Ihre Aufsätze danken wir; wird veröffentlicht. Wir heilen einige Auffassungen gerne richtig.

„Jugendpatriarchalen-Häute.“ Ihr teilt uns u. a. mit: „Mitte Juni wurde die Vorkleiterin des Bezirks Mittelschiff des Jugendverbandes, die 18jährige Jugendgenossin F. A. verhaftet. Die Polizei brachte in Erfahrung, daß sie mit einem Genossen einen bestimmten Treß in einem Lokal hat. Die Polizei zwang sie, in dem Lokal sich an einen Tisch zu setzen und bestellte ihr Kaffee. Einige Kriminalbeamte setzten sich dann in ihre Nähe. Sie wollten den Verbindungsmann zu anderen lokalen Gruppen, der Material zu übermitteln hatte, an diesem Treß verhaften. Die Antifalschistin verhielt sich vollkommen ruhig, bis die Zeit des Treffpunktes heranrückte, dann sprang sie auf und stürzte den Tisch um, warf die Stühle durcheinander und schrie so laut sie konnte: „Ich trinke guten Kaffee nicht!“ Es entstand ein ungeheurer Tumult. Vor dem Kaffee sammelten sich die Passanten an. Dadurch wurde der Kaffee geworren und konnte dank des tapferen Auftretens der Antifalschistin sich und das Material in Sicherheit bringen. Die dazuhilflichen Polizeibeamten schleppten sie in ihren Revolver zurück, wo sie ihr aus Rache für ihren Mut — Gift in die Gesichtspolizei schütteten und sie auf das grausamste folterten.“

Weitergeben! Weitergeben!

Werfen Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!

Für den Gesamtbau verantwortlich: Johann Fiß in Duderstadt; für Inserate: Otto Kubin in Saarbrücken. Retentionstruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 770 Saarbrücken.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Zustellgebühr
Amerika	Dollar	1,—	0,50
Argentinien	Peso	3,—	1,—
Belgien	belg. Fr.	15,—	5,30
Dänemark	Kr.	3,70	2,30
England	sh	4,—	1,10
Frankreich	fr. Fr.	12,—	3,75
Holland	fl.	1,50	0,40
Italien	Lire	10,—	5,—
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	5,30
Neubelgien (Eupen, Malmédy)	belg. Fr.	12,—	5,30
Oesterreich	(verboten)	—	—
Palästina	sh	4,—	1,10
Polen	(verboten)	—	—
Rumänien	Lei	90,—	30,—
Rußland	Rubel	1,—	—
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	7,50
Schweden	Kr.	2,60	1,70
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,80
Spanien	Peseta	6,—	2,—
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	5,50

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.